

## Migration, Vertreibung und Flucht im Kaukasus: ein europäisches Problem

Halbach, Uwe

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Halbach, U. (1999). *Migration, Vertreibung und Flucht im Kaukasus: ein europäisches Problem*. (Berichte / BIOst, 13-1999). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43982>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.biost.de>  
E-mail: [administration@biost.de](mailto:administration@biost.de)

ISSN 0435-7183



## Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
<b>Bevölkerungs- und Migrationsentwicklung vor 1991</b> .....	5
<b>Krisen, Konflikte und Migrationen im Nordkaukasus</b> .....	7
<i>Die Situation in den einzelnen Konfliktzonen</i> .....	12
<i>Flüchtlinge aus Tschetschenien</i> .....	12
<i>Nordossetien und Inguschetien</i> .....	14
<i>Dagestan: Eine Republik am Abgrund</i> .....	18
<b>Der Südkaukasus</b> .....	20
<b>Georgien</b> .....	21
<i>Der Abchasienkonflikt</i> .....	22
<i>Der Konfliktfall Südossetiens</i> .....	25
<i>Die Situation der Flüchtlinge in Georgien</i> .....	26
<b>Aserbaidshen</b> .....	27
<i>Das Problem der Flüchtlinge und Vertriebenen</i> .....	29
<b>Armenien</b> .....	33
<b>Der Kaukasus als Thema europäischer Politik</b> .....	35
Summary .....	39

6. April 1999



**Uwe Halbach**

## **Migration, Vertreibung und Flucht im Kaukasus**

Ein europäisches Problem

Bericht des BIOst Nr. 13/1999

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

In den letzten Jahren hat man in europäischen Hauptstädten den Kaukasus als eine Region entdeckt, mit deren Entwicklung sich Europa auseinandersetzen hat. Dazu hat die weltweite geowirtschaftliche und -strategische Prominenz des "kaspischen Raums" beigetragen, dessen Westhälfte der Kaukasus bildet, ebenso die mit Nachdruck betonte Europa-Orientierung unabhängig gewordener Staaten in der Region. Dazu haben aber auch die zahlreichen regionalen Konflikte beigetragen, die aus dem Kaukasus die zweitgrößte Fluchtregion Europas nach dem Balkan gemacht haben. Gewalt- und konfliktbedingte Migrationen in dieser Region wurden als ein Problem für Europa entdeckt, auch wenn die Richtung der kaukasischen Wanderungen anders als im Falle der Balkankriege bisher nicht nach Mittel- und Westeuropa zielte. In diesem Bericht werden rezente Bevölkerungsentwicklungen und Wanderungen im Kaukasus im Zusammenhang mit ethnischen und politischen Konflikten analysiert. Dabei werden zwar die Entwicklung in der von Rußland "regierten" nordkaukasischen Region, im "Rossijskij Kavkaz", und die in den unabhängigen Staaten des Südkaukasus (Transkaukasien) gesondert behandelt, aber gleichzeitig die Vernetzung der Konflikte und konfliktbedingten Wanderungen über diese analytische Trennlinie hinweg betont. Die zugrundeliegenden Quellen stammen aus der Periode von 1995 bis 1998.

#### *Ergebnisse*

1. 1997 wurde die Zahl der Flüchtlinge und Vertriebenen im Südkaukasus (Transkaukasus) vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats mit 1,5 Mio. angegeben. Dazu kamen Migranten, Flüchtlinge und Vertriebene aus dem Nordkaukasus, allein an die 400.000 Menschen, die in den Kriegsmonaten zwischen Dezember 1994 und September 1996 aus Tschetschenien flüchteten. Bildete Zentralasien innerhalb der GUS in den neunziger Jahren die Region mit der stärksten Auswanderung ethnischer Russen und Russischsprachiger nach Rußland, betrifft Migration, Flucht und Vertreibung im Kaukasus vor allem die autochthone Bevölkerung in ihrer ethnischen Vielfalt. Kaukasische Wanderungsbewegungen sind gleichwohl ein Problem für Rußland, da sie die ohnedies gespannte Situation in Südrußland beeinflussen.

2. Der Nordkaukasus mit sieben Teilrepubliken (einschließlich des abtrünnigen Tschetschenien) und den drei "russischen" Regionen Krasnodar, Stawropol und Rostow ist der am stärksten destabilisierte Teil der Rußländischen Föderation. Zu den Faktoren dieser Destabilisierung – den ethnopolitischen und -territorialen Konflikten, der hier besonders stark ausgeprägten Wirtschaftskrise, der wachsenden Kriminalität, der Beeinflussung der gesamten regionalen Entwicklung durch die chaotischen Verhältnisse im Nachkriegs-Tschetschenien, dem Verlust der Regierungsfähigkeit Rußlands in seiner nordkaukasischen Peripherie – kommen gravierende Flüchtlingsprobleme und Migrationen als Konfliktsymptom und -katalysator hinzu. Beispiele dafür sind der ungelöste Konflikt zwischen Osseten und Inguschen, der 1992 seinen Gwalthöhepunkt erreicht und zu "ethnischen Säuberungen" geführt hatte, die mit dem Tschetschenienkrieg verbundenen Flüchtlings- und Migrationsprobleme sowie Migrationen in Dagestan, durch die eine mühsame austarierte ethnopolitische Balance in der Vielvölkerrepublik am Kaspischen Meer gefährdet wird. Die Region ist als Bestandteil des rußländischen Staatsterritoriums für internationale Politik weniger erreichbar als der Südkaukasus. Internationales Engagement beschränkte sich auf die Beobachtermission der OSZE im Tschetschenienkrieg und auf einige Projekte von UNHCR und IMO für Flüchtlingshilfe in der Region.
3. Im Südkaukasus mit drei unabhängigen Staaten sowie den international nicht anerkannten Sezessions-Republiken Abchasien und Berg-Karabach war Migration hauptsächlich mit den Konflikten um die genannten abtrünnigen Landesteile Georgiens und Aserbajdshans verbunden. Der Konflikt zwischen Georgien und Abchasien führte in seiner Kriegsphase vom August 1992 bis September 1993 zur Vertreibung von mehr als 200.000 Georgiern, die zuvor die größte Bevölkerungsgruppe in Abchasien gestellt hatten, und zur demographischen Dominanz der zuvor minoritären abchasischen Titularnationalität in dem Gebiet. Die Rückführung der Vertriebenen stößt schon aus diesem ethnodemographischen und -politischen Grund auf erhebliche Schwierigkeiten. Das Problem der aus Abchasien Vertriebenen belastet die Innen- und Außenpolitik Georgiens und erschwert die politische Lösung des Konflikts, in dem die UNO und eine spezielle Gruppe der "Freunde des UN-Generalsekretärs in der georgischen Frage" vermittelt. Im Gefolge des vor 1994 kriegerisch ausgetragenen Karabach-Konflikts kam es zum ethnischen Bevölkerungstransfer zwischen Armenien und Aserbajdschan – rd. 300.000 Armenier migrierten aus Aserbajdschan nach Armenien und etwa 190.000 Aseris in der Gegenrichtung – zur totalen Konzentration der auf aserbajdschanischem Territorium lebenden Armenier in der selbsternannten Republik Berg-Karabach, zur Vertreibung von nahezu einer Million Aseris aus Karabach und sieben umliegenden, von armenischen Truppen besetzten Regionen im Westen Aserbajdschans. Ein Siebtel der Bevölkerung Aserbajdschans fällt unter die Kategorie der "displaced persons". Die Situation dieses Bevölkerungsteils steht in drastischem Kontrast zum prospektiven Wirtschaftsboom des Landes und könnte Teil einer sozialen Polarisierung werden, die Sicherheit und Prosperität im kaspischen Raum zur Illusion machen würde.

## Bevölkerungs- und Migrationsentwicklung vor 1991

Der Süd- oder "Transkaukasus"<sup>1</sup> mit Georgien, Armenien und Aserbaidschan bildete einen eigentümlichen Teil der nichtrussischen Peripherie der Sowjetunion, in dem die ethnodemographischen, kulturellen und sozialen Entwicklungen durchweg eine Richtung anzeigten: die wachsende Dominanz der Titularnationen. "Was immer die Ziele sowjetischer Nationalitätenpolitik waren – Bilingualismus, Russifizierung oder die Bildung eines integrierten "Sowjetvolks" – der dominante Prozeß im Transkaukasus war die ethnische Konsolidierung und der wachsende innere Zusammenhalt seiner Hauptnationalitäten".<sup>2</sup> Insbesondere in den Jahrzehnten nach Stalin erlangten alle drei Länder einen höheren Grad ethnischer Homogenität als sie in vorsowjetischer Zeit besessen hatten. Diesen Prozeß der Nationenbildung unter sowjetischen Vorzeichen spiegelt vor allem die Entwicklung der Hauptstädte wider: Die kaukasischen Metropolen Baku und Tiflis waren vom 19. Jahrhundert bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts hinein ausgesprochen multinationale Städte. Erst von dieser Zeit an stellten Georgier und Aserbaidschaner die Bevölkerungsmehrheit in den Hauptstädten ihrer Heimatrepubliken, wurde Tiflis zur Metropole eines georgischen, Baku zu der eines aserbaidschanischen Nationalstaats. In der armenischen Sowjetrepublik war das Gewicht der Titularnation von Anfang an sehr groß. Armenien war unter den Gliedstaaten der Sowjetunion derjenige mit der größten ethnischen Homogenität. Georgien war mit seinen Minderheiten und ethnischen Autonomien (Abchasien, Südossetien) zwar weniger homogen als Armenien, dafür zeigte aber die georgische Nation neben der litauischen unter den Völkern der Sowjetunion mit Republikstatus den höchsten Grad "territorialer Geschlossenheit". Mehr als 96% der in der Sowjetunion lebenden Georgier wohnten 1989 in ihrer Heimatrepublik. Sie waren also äußerst heimatgebunden und hatten – in krassem Gegensatz zu den Armeniern – nur eine verschwindend kleine Diaspora in anderen Regionen der Sowjetunion oder im Ausland. Dies sollte sich in nachsowjetischer Zeit ändern. Besonders Aserbaidschan war ein Paradebeispiel für die Indigenisierung einer Sowjetrepublik in der Nach-Stalin-Zeit. Hohe Geburtenraten (die höchsten unter den Titularnationen der Sowjetrepubliken mit Ausnahme der zentralasiatischen) haben den Anteil der Aseris an der Bevölkerung ihrer Republik in sowjetischer Zeit deutlich erhöht, von 58,2% 1937 auf 82,5% 1989.

In ihren jeweiligen Republiken stellten am Ende der sowjetischen Periode Georgier 70%, Aserbaidschaner 83% und Armenier sogar 93% der Bevölkerung. Gleichzeitig war der russische Bevölkerungsanteil in allen drei Republiken beständig gefallen – auf 6,3% in Georgien, 5,6% in Aserbaidschan und 1,6% in Armenien. Die wachsende Homogenität Armeniens und Aserbaidschans hing auch mit der Wanderung von Armeniern aus Aserbaidschan nach Armenien und von Aserbaidschanern in der Gegenrichtung zusammen – und zwar schon vor dem

---

<sup>1</sup> Dieser von der russischen Kolonialperspektive bestimmte Begriff sollte zugunsten der geographischen Bezeichnung "Südkaucasus" aufgegeben werden.

<sup>2</sup> Ronald G. Suny, *Transcaucasia*, in: Lubomyr Hajda, Mark Beissinger (ed.), *The Nationalities Factor in Soviet Politics and Society*, Westview Press: Boulder, San Francisco, Oxford 1990, S. 228-252, zit. S. 234.



Ausbruch armenisch-aserbaidtschanischer Feindseligkeiten aufgrund des Karabach-Konflikts. Die Zahl der Armenier in Aserbaidtschan hatte schon zwischen 1979 und 1989 um knapp 20% abgenommen und war von 484.000 auf 390.000 gefallen.<sup>3</sup> Durch die Eskalation des Karabach-Konflikts nach 1988 spitzte sich dieser Migrationsprozeß dann zu akuten wechselseitigen Fluchtbewegungen zu.

Der Prozeß ethnischer Konsolidierung vollzog sich allerdings in einer Region mit äußerst komplizierten ethnoterritorialen Strukturen. Die Konfiguration der "Matroschka", der Puppe in der Puppe – ein Symbol, das auf die sowjetische Bildung ineinander verschachtelter nationaler Gebietseinheiten angewendet wurde – zeigte sich außerhalb der Russischen Föderation nirgendwo so kraß wie hier. So waren der Unionsrepublik Georgien mit den autonomen Republiken Abchasien und Adscharien (Atschara) und dem autonomen Gebiet von Südossetien drei "Unterpuppen" inkorporiert, die sich ethnisch (Abchasen, Osseten) oder religiös (die adscharischen Georgier sind teilweise Muslime) vom "Georgiertum" unterschieden. Die Hoheit der Unionsrepublik Aserbaidtschan erstreckte sich auf die nationale Enklave Berg-Karabach mit armenischer Bevölkerungsmehrheit und die territorial von Aserbaidtschan getrennte Exklave Nachitschewan. Neben diesen autonomisierten Gebietseinheiten und Volksgruppen bestimmen weitere ethnische Minderheiten mit teilweise kompakten Siedlungsgebieten die Nationalitätenbeziehungen in Aserbaidtschan und Georgien entscheidend mit. Potentielle oder weniger prominente Konfliktzonen liegen hierbei im Schatten der Hauptkonflikte (Lesgier oder Lesghinen, Talyschen und Kurden in Aserbaidtschan; armenische und aserbaidtschanische Siedlungsenklaven in Georgien).

Der Nordkaukasus besteht aus sieben ehemaligen autonomen Republiken der RSFSR und Teilrepubliken der heutigen Rußländischen Föderation, nämlich – von Westen nach Osten – Adygeja (449.000 Einwohner), Karatschajewo-Tscherkessien (436.100), Kabardino-Balkarien (789.500), Nordossetien-Alanien (664.200), Inguschetien (etwa 300.000), der abtrünnigen "tschetschenischen Republik Itschkerija" (schätzungsweise 862.000) und Dagestan (2.121.200) – sowie den südrussischen Regionen Krasnodar (5 Mio.), Stawropol (2,6 Mio.) und Rostow (4,4 Mio.).<sup>4</sup> Die heutigen Bevölkerungszahlen sind angesichts mannigfacher, statistisch nur ungenau erfaßter Migrationsvorgänge nicht verläßlich. Noch unsicherer sind Angaben über die jetzigen ethnischen Bevölkerungsproportionen. Für Republiken wie Tschetschenien und Inguschetien sind hier kaum Angaben zu machen. Für die übrigen nationalen Teilrepubliken beziehen sich die Angaben auf die Zeit vor dem Krieg in Tschetschenien.<sup>5</sup>

---

<sup>3</sup> Ebenda, S. 235.

<sup>4</sup> Interfax International Ltd., Statistical Report, February 13, 1998, Vol. VII, Issue 7, p. 12-13.

<sup>5</sup> Ethnische Bevölkerungsstrukturen in nordkaukasischen Föderationsrepubliken: *Adygeja*: Russen 68%, Adygejer 22%, Ukrainer 3%, u.a. *Kabardino-Balkarien*: Kabardiner 48%, Russen 32%, Balkaren 9,5%, u.a. *Karatschajewo-Tscherkessien*: Russen 42%, Karatschajer 31%, Tscherkessen 10%, u.a. *Nordossetien-Alanien*: Osseten 53%, Russen 30%, Inguschen 5%, u.a. *Dagestan*: Awaren 28%, Darginer 16%, u.a., Russen (an 5. Stelle) 9%. Quellen: Russia & CIS Today RFE/RL Research Institute, No. 766, (10.11.1993) S. 40. Hier werden jeweils nur die drei größten Volksgruppen aufgeführt. Die Völkervielfalt in den nordkaukasischen Republiken geht weit darüber hinaus.

Schließt man Rostow, Stawropol und Krasnodar in den Regionalbegriff "Nordkaukasus" ein, dann machten ethnische Russen in der gesamten Region über 60% der Bevölkerung aus (in Rostow knapp 90%, in Krasnodar etwa 85%, in Stawropol etwa 78%). In den nationalen Teilrepubliken machte ihr Anteil am Ende der sowjetischen Periode insgesamt etwa 20% aus, variierte aber in einem starken West-Ost-Gefälle. In Adygeja bilden Russen die absolute Bevölkerungsmehrheit und in Karatschajewo-Tscherkessien die größte Volksgruppe. Dieser westliche Teil des Nordkaukasus unterlag schon nach seiner Unterwerfung unter russische Herrschaft im 19. Jahrhundert radikalen Umsiedlungen. Die in Europa unter dem Sammelbegriff "Tscherkessen" bekannt gewordenen autochthonen Ethnien am Ostufer des Schwarzen Meers schrumpften auf kleine Restbestände; der größere Teil emigrierte in Gebiete des Osmanischen Reichs. Die Nachfahren leben heute in der Türkei, im Balkan und in Ländern des Mittleren Ostens. In Dagestan fällt mit inzwischen nur noch 7% der russische Bevölkerungsanteil an einer nationalen Föderationsrepublik der RF am geringsten aus. Aus Tschetschenien ist die russische Bevölkerung weitgehend ausgewandert.<sup>6</sup> Dagegen dominiert im Ostabschnitt der Region der autochthone muslimische Bevölkerungsteil.

Der Nordkaukasus war schon vor dem Ausbruch der akuten Regionalkonflikte eine von reger Migration geprägte Region Rußlands und der Sowjetunion. Dabei unterschieden sich aber die Migrationsmuster und die Richtung der Migration von der heutigen Situation. Aufgrund von hohen Geburtenraten und einer Verknappung des kultivierbaren Bodens kam es seit den fünfziger Jahren zu Bevölkerungsbewegungen von Gebirgs- in Talregionen, vom Land in die Städte und zu verstärkter Arbeitsmigration insbesondere der Jugend nordkaukasischer Völker in andere Teile Rußlands und der Sowjetunion. Nordkaukasier emigrierten in die Industriegebiete Aserbaidschans und Kasachstans, in expandierende Industriezonen Sibiriens und in die Städte Rußlands. Andererseits zog aber der Nordkaukasus aufgrund seiner günstigen klimatischen Bedingungen Migranten aus anderen Teilen Rußlands und der Sowjetunion an. Russen wanderten seit den sechziger Jahren in die Städte und Industriezonen der Region und arbeiteten zum Beispiel in den Erdölraffinerien Tschetscheniens.

Mit dem Anwachsen von Nationalbewegungen, der Souveränitätsparade ehemaliger Sowjetrepubliken und autonomer Gebietseinheiten der RSFSR und dem Ausbruch interethnischer und territorialer Konflikte änderten sich die Migrationsmuster im gesamten Kaukasus.

### **Krisen, Konflikte und Migrationen im Nordkaukasus**

Wie keine andere Region Rußlands mit nichtrussischen nationalen Föderationssubjekten ist der Nordkaukasus als Krisen- und Konfliktregion hervorgetreten. Dabei muß allerdings zwischen dem westlichen und dem östlichen Teil dieser Region differenziert werden. Wenn pauschal von der Brisanz des Nordkaukasus gesprochen wird, ist meist der östliche Teil mit den Teilrepubliken Nordossetien, Inguschetien, Dagestan und dem abtrünnigen

---

<sup>6</sup> Galina Soldatova, Irina Dement'eva, Russians in the North Caucasian Republics, in V. Shlapentokh u.a., *The New Russian Diaspora*, M.E. Sharpe Armonk u.a. 1994, S. 122-140.

Tschetschenien gemeint. Hier liegen auch die Schwerpunkte konfliktbedingter Migration. Die westliche Hälfte mit den Teilrepubliken Adygeja, Karatschajewo-Tscherkessien und Kabardino-Balkarien erscheint im Vergleich dazu als einigermaßen stabil.<sup>7</sup> Hier ist das russische Bevölkerungsgewicht größer und der ethnokulturelle und religiöse Kontrast zum übrigen Rußland geringer. So ist zum Beispiel der Islam bei den autochthonen Völkern dieser Region schwächer verwurzelt als bei den vainachischen Völkern (Tschetschenen und Inguschen) und Dagestanern. Die politische Machtelite ist sowjetischen Zuschnitts und von sezeptionistischen Ambitionen weit entfernt. Frei von ethnischem und territorialem Konfliktpotential ist der westliche Nordkaukasus dennoch nicht. In den beiden binationalen Republiken besteht ein brisantes demographisches und politisches Ungleichgewicht zwischen den Titulernationalitäten, die von der stalinistischen Nationalitätenpolitik so gruppiert wurden, daß jeweils nichtverwandte Ethnien in einer Gebietskörperschaft zusammengepackt und verwandte getrennt wurden. Außerdem ist auch diese Region von der fatalsten Erbschaft stalinistischer Nationalitätenpolitik geprägt, von den ethnischen Deportationen und ihren Folgewirkungen. Daraus resultierten Rehabilitationsansprüche und ein Migrationspotential, das wiederum die ethnopolitische Balance in den betreffenden Gebietseinheiten tangiert.<sup>8</sup>

Zu den akuten Krisenerscheinungen im Nordkaukasus gehören die enorm zugespitzten innenpolitischen Wirren im Nachkriegs-Tschetschenien, die unkontrollierte Bildung bewaffneter Formationen, die Verbindung zwischen politischen, ethnischen und religiösen Bewegungen und kriminellen Strukturen und die Häufung von Terrorakten und Entführungsfällen, bei denen politische und kriminelle Motive kaum noch auseinandergehalten werden können. Dazu kommen die Instrumentalisierung von Religion für politische Machtkämpfe (Islamisierung Tschetscheniens mit der Tendenz des Übergreifens auf Dagestan) und Konflikte zwischen lokal verwurzelten und importierten Varianten des Islam. Den materiellen Hintergrund der Krisen liefert die desolante Wirtschaftslage.

Eine brisante Kombination historischer, demographischer, ethnokultureller, sozialökonomischer und geostrategischer Faktoren schuf im Nordkaukasus eine Situation, der weder die Regionalpolitik Rußlands noch die politische Kapazität der lokalen Machteliten gewachsen sind. Rußland wurde hier so schmerzhaft wie in keiner anderen Region mit dem Schwund seiner Steuerungs- und Organisationskapazitäten konfrontiert. Wenn auch von einer durch das Vorbild Tschetscheniens angeregten "Sezessionsparade" der nordkaukasischen Föderationssubjekte keine Rede sein kann, ist der Zerfall von Rechtsordnung und Staatsgewalt zumindest im Ostabschnitt der Region so weit vorangeschritten, daß die "Wiederherstellung verfassungsmäßiger Ordnung" hier schwer vorstellbar geworden ist. Nach der Zuspitzung der innenpolitischen Wirren in Tschetschenien, insbesondere nach dem

---

<sup>7</sup> I. Rotar, Zapadnye respubliki Severnogo Kavkaza – očag spokojstvija v zone nestabil'nosti, in: Rossija i musul'manskij mir, 7/1998.

<sup>8</sup> So erhielten zwar mehr als 10.000 Balkaren in der Kabardino-Balkarischen Republik, die die Deportation von 1944 überlebt haben, Kompensationen aufgrund neuerlicher Rehabilitationsmaßnahmen gegenüber den "repressierten Völkern", aber es leben noch mehr als 16.000 Angehörige dieser Volksgruppe in den ehemaligen Sowjetrepubliken Zentralasiens, die einen Anspruch auf Repatriierung geltend machen. Vgl. "Budet li vosstanovlena spravedlivost"? NG, Elektr. Versija, Nr. 239, 23.12.1998.

Attentatsversuch auf Präsident Maschadow im Juli 1998, schrillten in Moskau die Alarmglocken. Einerseits forderten einige Politiker mit kaukasuspolitischer Erfahrung von der Regierung die sofortige Wiederaufnahme ernsthafter Verhandlungen mit Tschetschenien und endlich die Konzeption einer verbindlichen Regionalpolitik im Nordkaukasus, andererseits riefen einige Stimmen zum Rückzug Rußlands aus dieser Region auf.<sup>9</sup> Insbesondere unter dem Ministerpräsidenten Primakow, der bei seinem Amtsantritt im August 1998 den "Föderationssubjekten" und der Regionalpolitik Moskaus höchste Priorität zumaß, widmete Moskau dem Nordkaukasus verstärkte Aufmerksamkeit. Ende 1998 wurde per Präsidentenukaz eine "Staatskommission für die sozialökonomische Entwicklung des Nordkaukasus" gegründet und ein "föderales Programm der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Entwicklung der nordkaukasischen Region für die Periode bis 2005" angekündigt.<sup>10</sup> Insgesamt wird die Kaukasuspolitik Rußlands aber von einer Reihe schwerwiegender Hindernisse belastet:

- Rußland kann sich – trotz erheblicher politischer Rückschläge (insbesondere durch die Sezession Tschetscheniens) – nicht definitiv von traditionellen Stereotypen seiner Kaukasuspolitik emanzipieren. So beklagte sich der inguschische Präsident Auschew, der stets die Zugehörigkeit seiner Republik zur Russischen Föderation beschworen hat, darüber, daß Moskau den Nordkaukasus immer noch nach "verlässlichen" und "unzuverlässigen" Völkern einteile und dabei insbesondere die unter Stalin deportierten Völker in die zweite Kategorie einreihe. Dieses Muster bestimme zum Beispiel das russische Verhalten im inguschisch-ossetischen Konflikt.<sup>11</sup>
- Trotz zahlreicher Kommissionsbildungen, Konferenzen und Strategiepapieren über die Lage im Nordkaukasus und ihre politische Bewältigung existiert bis heute keine verbindliche Konzeption russischer Regional- und Nationalitätenpolitik in bezug auf die unruhige Region. In der Vergangenheit waren die Aktionen der Bundesgewalt, einschließlich des Vorgehens gegen Tschetschenien, von einem bizarren Kompetenzenwirrwarr und Konkurrenz zwischen den Apparaten auf zentraler Ebene sowie zwischen zentralen und lokalen Akteuren bestimmt. Rußlands politische Aktionen brachten alles andere als Entspannung in das Konfliktgeflecht. Konzeptionslosigkeit und regionale Inkompetenz des Zentrums kennzeichneten nach übereinstimmendem Urteil russischer und ausländischer Beobachter die Kaukasuspolitik der Jelzin-Administration.<sup>12</sup>

---

<sup>9</sup> Sehr eindringlich in einem Artikel mit dem Titel "Siegreicher Rückzug" in *Kommersant Vlast'*, No. 30, 11.8.1998. Hauptargumente: 1. Der Kaukasus ist die letzte Kolonie Rußlands in einem Zeitalter konsequenter Dekolonisierung; 2. Die völlige Unzulänglichkeit russischer Regierungsgewalt im Nordkaukasus erschüttert das Vertrauen aller übrigen Föderationssubjekte in die Bundesgewalt; 3. Die Region wird zu einer nicht weiter finanzierbaren Last für Rußland.

<sup>10</sup> *Nezavisimaja gazeta*, Elektr. Versija, Nr. 226, 3.12.1998.

<sup>11</sup> *Disillusion in Nazran*. RFE/RL Caucasus Report, 3.11.1998.

<sup>12</sup> Olga Wassiljewa, *Konflikte im Nordkaukasus. Ursachen, Verlauf und Perspektiven*, Untersuchungen des FKKS (Forschungsschwerpunkt Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa an der Universität Mannheim), 1995, S. 16-20, zu den Nutznießern der Konflikte S. 37-40; Swetlana Tschersonnaja, *Der ossetisch-inguschische Konflikt. Eine Fallstudie*. In: Halbach, Kappeler, *Krisenherd Kaukasus*, a.a.O., S. 245-262; Ramazan Abdulatipov, *Nacional'naja Politika Rossii na Kavkaze: Konceptual'noe videnie*, *Vlast'*, 1/1998, S. 3-9.

Dabei wurden Nutznießer gewaltsamer Konfliktaustragung in den Apparaten ausgemacht, als Beispiele für eine obskure Mischung aus Konfliktmanipulation, -nutzung und -bearbeitung der Konflikt zwischen Osseten und Inguschen, der Abchasienkonflikt u.a. benannt. Bitterlich beschwerte sich zuletzt der gegenwärtige, aus Dagestan stammende Nationalitätenminister Rußlands, Ramasan Abdulatipow, über Konzeptionslosigkeit und Chaos in der Kaukasuspolitik Moskaus. Die Führer der nordkaukasischen Teilrepubliken drängen Moskau zu einer aktiven Politik gegenüber Tschetschenien. Sie warnen vor einer Isolierung der abtrünnigen Republik. Die Führungen der südrussischen Regionen, allen voran der Gouverneur Stawropols, fordern das genaue Gegenteil.

Zum Symptom und Katalysator der Konflikte und Krisen wurden seit Beginn der neunziger Jahre Migrationen, Fluchtbewegungen und Vertreibungen in der Region. Neben der wachsenden Spannung zwischen Moskau und Tschetschenien wurde vor allem das 1991 verabschiedete Gesetz Rußlands "Über die Rehabilitation der repressierten Völker" zu einem Ausgangspunkt dieses Prozesses.<sup>13</sup> Das Gesetz zeigte im Nordkaukasus besondere Wirkung, da hier bei den unter Stalin deportierten Völkern der Tschetschenen, Inguschen, Balkaren und Karatschaiern auch nach ihrer Repatriierung und Wiedererrichtung ihrer Gebietseinheiten einige Ansprüche nach voller "territorialer Rehabilitation" unbefriedigt geblieben waren, so zum Beispiel der Anspruch der Inguschen auf das vor 1944 zu ihrer Gebietseinheit gehörende Territorium des Prigorodnyj Rajon bei Wladikawkas, der seitdem unter der Verwaltungshoheit Nordossetiens steht. Das Gesetz stimulierte die spontane "Rückkehr" aus den von ihm angesprochenen Volksgruppen in die umstrittenen Gebietsteile und löste damit interethnische Konflikte aus. In Kabardino-Balkarien wurden etwa 15.000 ehemals deportierten Balkaren von Moskau juristische und materielle Hilfe, z.B. Unterstützung beim Erwerb von Boden und Wohnung, zugesprochen, was die Mißgunst der größeren Volksgruppe der binationalen Republik, der Kabardiner, erregte. Spannungen zwischen beiden Volksgruppen führten sogar zu dem Versuch, eine eigene balkarische Republik zu gründen. Bei den Adygejern regte das Gesetz eine intensive Diskussion über eine "Repatriierung" der Nachfahren der im 19. Jahrhundert bei der Eroberung durch Rußland vertriebenen autochthonen Bevölkerung an, die damals kollektiv als "Tscherkessen" bezeichnet wurde. Die lokalen Behörden verabschiedeten entsprechende Migrationsgesetze, die eine nationale Sammlung tscherkessischer Ethnien in der kleinen Republik ermöglichen sollten. Bekannt wurde diese Politik 1998 vor allem durch das Bemühen der "Internationalen Tscherkessischen Assoziation", Nachfahren tscherkessischer (adygeischer) Exilanten aus dem Kosovo nach Adygeja zu "repatriieren". Gleichzeitig schränkten Gesetze die Einwanderung von Angehörigen anderer Nationalitäten ein. Die kleine Republik Adygeja hat aufgrund ihrer günstigen Klimabedingungen und relativ stabilen politischen Verhältnisse Migranten aus Rußland und der GUS in einem Maße angezogen, daß nun eine restriktive Migrationspolitik geboten erschien. Auch in anderen nordkaukasischen Republiken entwickelten sich mit der Stärkung ihrer "Souveränität" Tendenzen nationaler Sammlung um die jeweiligen Titularna-

---

<sup>13</sup> Das Gesetz stellt in Artikel 6 ausdrücklich die "territoriale Rehabilitierung", d.h. die "Wiederherstellung der national-territorialen Grenzen" in Aussicht, wie sie bis zu ihrer verfassungswidrigen gewaltsamen Veränderung bestanden". Zakon RSFSR "O reabilitacii repressirovannych narodov" ot 26. aprilja 1991 g.

tionalitäten und der Abwehr fremdnationaler Migranten. In Dagestan erlangten in den neunziger Jahren 222.000 Einwanderer eine Aufenthaltsgenehmigung, davon gehörten 86% dagestanischen Völkern an. Diese Migranten gaben zumeist administrative Willkür an ihren vorherigen Wohnorten in Aserbaidschan, Tadschikistan, Turkmenistan, Georgien oder in den nordkaukasischen Nachbarrepubliken als Hauptgrund für die Rückkehr in ihre "ethnische Heimat" an.<sup>14</sup> Nach Nordossetien wanderten Zehntausende von Osseten aus Georgien ein, nicht nur aus dem umstrittenen Südossetien, sondern auch aus anderen Teilen Georgiens. Auch aus Zentralasien kehrten Osseten in den Nordkaukasus zurück. Ende 1998 befanden sich in Nordossetien laut Aussage seines Präsidenten 38.000 Flüchtlinge.<sup>15</sup>

Ethnoterritoriale und politische Konflikte waren nicht nur von innerregionalen Migrationen begleitet, sondern auch von genereller Auswanderung aus der Region, vor allem nach Rußland. 1989 umfaßte die Gemeinde der Angehörigen nordkaukasischer Nationalitäten in Moskau 25.000 Personen. Seitdem hat sich diese Zahl vermutlich verdrei- oder vervierfacht. Vor allem aber Russen wanderten aus den nationalen Gebietseinheiten der Region aus. Aus Dagestan emigrierten in den neunziger Jahren rund 200.000 Personen, von denen 95% ethnische Russen waren, aus Tschetschenien und Inguschetien 450.000 Personen.<sup>16</sup> Als Hauptgrund für diesen Exodus gaben die Auswanderer soziale, kulturelle und wirtschaftliche Nachteile an, die ihnen aus der Konzentration auf die Titulernationalitäten der jeweiligen Republiken erwuchs. Der Wiederbelebung lokaler Traditionen und der gesteigerten Bedeutung von Klansolidarität und paternalistischen Beziehungen in der autochthonen Bevölkerung hatten sie nichts entgegenzusetzen, da es ihnen an Geschlossenheit und eigenen Gemeindeformen ermangelte – eine Klage, die ähnlich auch aus den russischen Bevölkerungsteilen Zentralasiens zu vernehmen war. Lediglich die lokalen Kosakenformationen, die sich selber als autochthones Element der Region betrachten, bilden hier eine Ausnahme. Sie entwickelten politische Aktivitäten, mit denen sie teilweise in Widerspruch zu den Nationalbewegungen der Titulernationalitäten der Republiken gerieten.<sup>17</sup>

Die Regionen Rostow, Stawropol und Krasnodar wurden zu Einwanderungsgebieten für Umsiedler, Flüchtlinge und Vertriebene aus verschiedenen Regionen des zerbrochenen sowjetischen Vielvölkerreichs. Seit 1989 haben sich etwa eine Million Bürger Rußlands und Hunderttausende Migranten aus ehemaligen Sowjetrepubliken dorthin begeben. Nach Krasnodar wanderten 670.000, nach Rostow 400.000 und nach Stawropol 280.000 Personen ein. Von den Immigranten waren am 1. Januar 1998 aber nur 248.000 als "Flüchtlinge" registriert. Die lokalen Behörden der drei Regionen, von dem Zustrom völlig überfordert,

---

<sup>14</sup> Coping with Conflict. A Guide to Work of Local NGOs in the North Caucasus. The Forced Migration Projects of the Open Society Institute, New York 1998, S. 14.

<sup>15</sup> Interview mit Aleksandr Dzasochov in Nezavisimaja gazeta, Elektr. Versija Nr. 228, 5.12.1998.

<sup>16</sup> Coping with Conflict, S. 16.

<sup>17</sup> Zur Situation der Russen im Nordkaukasus siehe Coping with Conflict, S. 16-17; G. Soldatova, I. Dement'eva, Russians in the North Caucasian Republics, in: V. Shlapentokh/M. Sendich/E. Payin (Hrsg.), The New Russian Diaspora. Russian Minorities in the Former Soviet Republics, M.E. Sharpe: Armonk, New York, London 1994, S. 122-140.

zogen es vor, die Registrierung von Flüchtlingen einzuschränken. Als Belastungen für die eigene Bevölkerung gaben sie Preissteigerungen für Immobilien, verschärfte Konkurrenz auf dem ohnehin verengten Arbeitsmarkt und ein Anwachsen der Kriminalität an.<sup>18</sup> Auch andere Regionen trafen – teilweise gegen rußländische Rechtsbestimmungen – Maßnahmen zur Eindämmung der Zuwanderung oder sogar Entscheidungen über eine Zwangsausweisung von Flüchtlingen und Migranten. Diese ablehnende Haltung zeigte sich 1997 insbesondere gegenüber Flüchtlingen aus Tschetschenien. Unter den 1998 in Stawropol registrierten Zwangsumsiedlern stammten 65% aus Tschetschenien.<sup>19</sup>

Der UNHCR, der zusammen mit russischen Migrationsstellen und lokalen Behörden zu diesem Zeitpunkt Repatriierungsprojekte aus Kabardino-Balkarien nach Tschetschenien, aus Inguschetien nach Nordossetien, aus Nordossetien nach Südossetien und in andere Teile Georgiens leitete, warnte eindringlich vor Zwangsmaßnahmen bei der Rückführung von Flüchtlingen. Jeder Versuch, Repatriierung mit Gewalt zu vollziehen, würde die Konfliktspiralen im Kaukasus erneut ankurbeln. Russische Medien berichteten 1997, daß sich trotz der widrigen Umstände vor Ort auch eine friedliche und geordnete Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen im Nordkaukasus vollzog, teilweise mit Hilfe internationaler Organisationen und zahlreichen lokalen und internationalen NROs. Die Rückkehr ossetischer Flüchtlinge nach Südossetien und in andere Teile Georgiens und inguschischer Flüchtlinge nach Nordossetien wurde in diesem Zusammenhang hervorgehoben.<sup>20</sup>

### ***Die Situation in den einzelnen Konfliktzonen***

#### *Flüchtlinge aus Tschetschenien*

Der Krieg der russischen Bundestruppen gegen das abtrünnige "Föderationssubjekt", von Moskau als eine begrenzte militärische Aktion gegen "Separatisten" und "Banditen" zur Wiederherstellung der "verfassungsmäßigen Ordnung" dargestellt, nahm Züge eines Vernichtungskriegs gegen Städte, Siedlungen und Zivilbevölkerung an und löste die größten Fluchtbewegungen im Nordkaukasus aus. Die Gesamtzahl der Flüchtlinge wird auf 400.000 geschätzt – ein Drittel der Republikbevölkerung. Nach Angaben des FMS flohen 1995 161.000 Menschen aus Tschetschenien nach Inguschetien und mehr als 100.000 nach Dagestan. Laut Aussage des dagestanischen Regierungschefs Mirsabekow lebten während des Kriegs sogar bis zu 200.000 Flüchtlinge aus den Kampfgebieten Tschetscheniens in Dagestan.<sup>21</sup>

Schon allein mit seinen Migrationskonsequenzen trug der Krieg in Tschetschenien wie kein anderer Faktor zur Destabilisierung des Nordkaukasus und weiter Teile Südrußlands bei. Bis heute leben tschetschenische Flüchtlinge in großer Zahl in Südrußland, wo sie noch stärker

---

<sup>18</sup> Segodnja, 6.6.1998, S. 2.

<sup>19</sup> Zur Situation in Stavropol': S. Rjazancev, Migracionnaja situacija v Stavropol'skom krae v novych geopolitičeskich uslovijach, Stavropol'skij Gosudarstvennyj Universitet 1999.

<sup>20</sup> NG, 8.7.1997, S. 3.

<sup>21</sup> NG, 9.7.1997, S. 3.

als andere "Personen kaukasischer Nationalität" diskriminiert, sozial ausgegliedert und staatlicher Willkür ausgesetzt werden. In der Region von Wolgograd wurden in einigen Landgemeinden 1997 die Forderung nach einer regelrechten Deportation von Kaukasiern, insbesondere von Tschetschenen, laut. Die interethnischen Beziehungen auf dem Land sollen dort den Charakter "offener Feindseligkeit" angenommen haben.<sup>22</sup> Auch in Kabardino-Balkarien drohte Flüchtlingen aus Tschetschenien die Zwangsausweisung. Das Republikparlament traf im Sommer 1997 eine entsprechende Entscheidung und setzte tschetschenischen Flüchtlingen eine Rückkehrfrist. Unter den 5.000 davon betroffenen Personen befanden sich viele Gegner des ehemaligen Dudajew-Regimes und der heutigen Machthaber in Tschetschenien. Die Flüchtlinge mußten in ihre zerstörten Heimatsiedlungen zurückkehren. In Inguschetien, wo nach Angaben des UNHCR 1997 noch 25.000 Flüchtlinge aus Tschetschenien lebten, wurden 8.000 von ihnen zur Rückkehr angehalten.<sup>23</sup>

Aus den zitierten Zahlen geht die Nationalität der Flüchtlinge, ob Tschetschenen oder Russen, nicht hervor. Die Mehrheit der nach Dagestan und Inguschetien geflohenen Personen waren Tschetschenen. Russen aus Tschetschenien begaben sich bevorzugt in die russischen Regionen des Nordkaukasus und nach Südrußland, aber auch nach Moskau und in andere Teile Rußlands. Die Auswanderung der Russen hatte sich erstmals im Herbst 1991, mit Ausbruch der "tschetschenischen Revolution" und dem Machtwechsel von einem Republikregime sowjetischer Prägung zum nationalistisch-separatistischen Regime Dudajews, verstärkt. Insgesamt standen 1991 3.500 russischen Einwanderern mehr als 25.000 Auswanderer gegenüber. 1992 wanderten bereits 35.800 Russen aus Tschetschenien aus. Umfragen vom Sommer 1992 ermittelten als Hauptgründe für die Auswanderung russischsprachiger Gruppen aus Tschetschenien das Anwachsen der Kriminalität und die politische Instabilität. 1993 und 1994 wurde als Hauptmotiv für die Auswanderung die Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen in Tschetschenien genannt. Als erste kehrten der von Rußland abtrünnigen Republik Funktionäre des gestürzten sowjetischen Regimes und leitende Wirtschaftsangestellte den Rücken, es folgten qualifizierte Arbeitskräfte der untergehenden Industriesektoren und des öffentlichen Dienstes. Unter den Russischsprachigen emigrierten zuerst Juden und Armenier aus, dann ethnische Russen.<sup>24</sup>

In der Kriegsphase von Dezember 1994 bis Sommer 1996 flohen sodann mindestens 400.000 Menschen – Russen, Tschetschenen und Angehörige anderer Nationalitäten – aus der Republik. Ein beträchtlicher Teil der tschetschenischen Flüchtlinge – hier liegen allerdings keine verlässlichen Zahlenangaben vor – kehrte nach Abschluß des Friedensvertrags zwischen Moskau und Grosny wieder nach Tschetschenien zurück.

---

<sup>22</sup> So faßte zum Beispiel am 15. August 1997 ein Dorfrat im Bezirk Swjetlojarsk den Beschluß, innerhalb von zehn Tagen alle Personen tschetschenischer Nationalität auszuweisen und künftig überhaupt "Personen kaukasischer Herkunft" den Zuzug ins Dorf zu verweigern NG-Regiony, N. 2, Nojabr' 1997, S. 6.

<sup>23</sup> NG, 25.7.1997, S. 3.

<sup>24</sup> M. Jusupov, Čečnja: Migracija russkich, in: Set' etnopolitičeskogo monitoringa i rannego predupreždenija konfliktov. Meždunarodnyj proekt "Uregulirovanie konfliktov v postsovetskich gosudarstvach", Ijun' 1998, S. 59-62.



Im April 1997 verabschiedete die russische Regierung ein Gesetz über Hilfsmaßnahmen für russische Flüchtlinge aus Tschetschenien, das vom FMS konzipiert worden war und traurige Berühmtheit erlangte, weil es nicht annähernd implementiert wurde.<sup>25</sup> Nach Angaben des Nationalitätenministeriums in Moskau lebten 1998 noch zwischen 30.000 und 50.000 Russen in Tschetschenien. Zwischen Moskau und Grosny konnte aufgrund des ungeklärten politischen Verhältnisses zwischen den einstigen Kriegsgegnern noch keine Zusammenarbeit im Bereich der Migrationspolitik erzielt werden. So wandern die Menschen spontan in die nächstgelegenen Siedlungen Stawropols und anderer überwiegend russischer Regionen aus. Die Islamisierungspolitik im Nachkriegs-Tschetschenien – die Einführung von Scharia-Gerichten und anderer islamischer Institutionen – hat die russische Minderheit noch zusätzlich verunsichert. Die islamische Gerichtsbarkeit wurde angeblich auch in traditionellen kosakischen Siedlungsgebieten durchgesetzt. Aus dem "Nauriskij"-Bezirk wurden Fälle von islamischen Strafmaßnahmen an Kosakenführern berichtet.<sup>26</sup> Von einer systematischen Verfolgung der russischen Minderheit in Tschetschenien ist allerdings nicht die Rede. Auswanderungsdruck verursacht vor allem die materielle Not des vom Krieg zerstörten Landes, in dem die Arbeitslosigkeit fast 80% der arbeitsfähigen Bevölkerung trifft, die Kriminalität wächst, die Zahlung von Löhnen und Pensionen seit mehr als zwei Jahren aussteht und die innenpolitischen Turbulenzen seit 1998 die Angst vor einem neuen Bürgerkrieg schüren. Für den Fall einer Normalisierung der politischen und sozialökonomischen Verhältnisse erklärten etliche russische Auswanderer, vor allem ehemalige Angestellte im Industrie- und Erdölsektor, die Bereitschaft, nach Tschetschenien zurückzukehren. An ihren neuen Wohnorten würden sie häufig als "Tschetschenen" oder "tschetschenische Russen" diskriminiert.<sup>27</sup>

#### *Nordossetien und Inguschetien*

Der Konflikt zwischen Osseten und Inguschen, der 1992 in Nordossetien (heute: Nordossetien-Alanien) und dort besonders in dem umstrittenen Bezirk Prigorodnyj bei der Hauptstadt Wladikawkas ausgebrochen war, gilt als der erste blutige Konflikt zwischen zwei Volksgruppen im nachsowjetischen Rußland. Mit anderen Konflikten im Kaukasus hat er folgende Züge gemein:

- seinen ethno-territorialen Charakter: Ein Hauptaspekt des Konflikts ist der Streit um ein etwa 300 km<sup>2</sup> großes Gebiet, dessen Ursprung auf die Deportation der Inguschen und Tschetschenen von 1944 zurückgeht. Der Bezirk Prigorodnyj gehörte vor der Deportation zur Gebietskörperschaft der Inguschen und Tschetschenen, wurde nach der Deportation und der Auflösung der inguschisch-tschetschenischen ASSR der Nachbarrepublik Nordossetien zugeschlagen und auch nach der Repatriierung der Deportierten und der Wiederherstellung ihrer Gebietseinheit in dieser Verwaltungshoheit belassen. Das Gesetz der RSFSR über die Rehabilitierung der repressierten Völker vom April 1991 und angebliche Versprechungen

---

<sup>25</sup> NG, 22.4.1998, S. 1; 1.7.1998, S. 5.

<sup>26</sup> NG, 22.4.1998, S. 1.

<sup>27</sup> Jusupov, Čečnja: Migracija russkich, S. 62.

Jelzins lösten Aktivitäten unter den Inguschen aus, das Gebiet wieder in ihren "nationalen Besitz" zu nehmen und brachten sie in Konflikt mit den Behörden Nordossetiens.

- die enorme Brutalität, die sich auf dem Gwalthöhepunkt im Herbst 1992 zwischen zwei ursprünglich nicht verfeindeten Volksgruppen entfesselte, insbesondere bei den von russischen Sicherheitskräften unterstützten Strafaktionen ossetischer Milizen gegen die inguschische Volksgruppe in Prigorodnyj und anderen Teilen Nordossetiens. 470 Menschen wurden – teilweise auf bestialische Weise – getötet. Es wurden 19 Dörfer und ca. 13.000 Häuser zerstört. Bei der Strafaktion gegen die Inguschen sollen russische Soldaten (der Division Don, der Garnison Wladikawkas, der Fallschirmspringerdivision Pskow und einiger Sondereinheiten) und ossetische Einheiten (4.500 Soldaten der OMON-Truppen des nordossetischen Innenministeriums, 3.000 Mann Nationalgarde, 20.000 eingezogene Soldaten) beteiligt gewesen sein.<sup>28</sup>
- die ethnischen Vertreibungen: Nach inguschischen Angaben wurden ca. 70.000 Inguschen aus Nordossetien vertrieben (dagegen lebten nach Angaben russischer und ossetischer Quellen vor Ausbruch der Gewaltakte nur 35.000 Inguschen in Nordossetien, davon 30.000 in Wladikawkas und im Bezirk Prigorodnyj).
- die Verflechtung mit benachbarten Konflikten und den von ihnen ausgelösten Migrationen: (Immigration bzw. Flucht von Osseten aus Georgien nach Nordossetien; Trennung des inguschischen Bevölkerungsteils von Tschetschenien und Gründung einer eigenen, kaum lebensfähigen Republik; spätere Flüchtlingsströme aus Tschetschenien nach Inguschetien und Nordossetien);
- sein Einfluß auf die politischen und sozialökonomischen Verhältnisse in den beiden involvierten Republiken Nordossetien und Inguschetien.

Seit August 1994 wurde mit internationaler Hilfe (UNHCR u.a) die Rückkehr der Vertriebenen in ihre alten Wohnorte organisiert. War im Herbst 1992 der größte Teil der inguschischen Bevölkerung Nordossetiens vertrieben, lebten Mitte 1996 wieder 13.700 Inguschen in der Republik, etwa 9.000 Flüchtlinge waren inzwischen zurückgekehrt. Das noch ungelöste Flüchtlingsproblem blieb aber das Haupthindernis für eine verlässliche Konfliktregelung. Der Konflikt hatte zwei Teilrepubliken Rußlands in ein feindseliges Verhältnis zueinander gebracht. Im Grenzgebiet zwischen beiden Republiken kam es zu Terrorakten. Die Bevölkerung Nordossetiens schreibt diese "inguschischen Extremisten" zu, die angeblich das Gebiet um die Hauptstadt Wladikawkas zuerst destabilisieren und dann an Inguschetien anschließen wollen. Umgekehrt ist man in Inguschetien davon überzeugt, daß die Terrorakte von Osseten ausgehen, die eine Rückkehr der vertriebenen inguschischen Flüchtlinge verhindern wollen. Ähnlich antagonistisch stehen sich die Rechtsperzeptionen der Konfliktseiten gegenüber: Inguschetien stellt auf der Grundlage des Rehabilitationsgesetzes von 1991 Anspruch auf Wiederherstellung der Gebietsverhältnisse, wie sie vor der

---

<sup>28</sup> Vgl. Ekkehard Maaß, Inguschetien-Konferenz 1997, in: Mitteilungen der Berliner Georgischen Gesellschaft e.V., 4/1997, S. 2-13, hier S. 10; Zur Konfliktgenese und -austragung siehe besonders; Swetlana Tschervonnaja, Der ossetisch-inguschische Krieg: Eine Fallstudie, in: Uwe Halbach, Andreas Kappeler (Hrsg.), Krisenherd Kaukasus. Nationen und Nationalitäten in Osteuropa, Bd. 2, Baden-Baden 1995, S. 245-262; Valery Tishkov, Ethnicity, Nationalism and Conflict in and after the Soviet Union, London u.a. 1997, S. 155-182.

Deportation der Inguschen bestanden hatten, und hat diesen Anspruch in seine Republikverfassung eingeschrieben. Nordossetien-Alanien appelliert hingegen an einen Artikel der rußländischen Verfassung, wonach Grenzänderungen zwischen Föderationssubjekten nur möglich sind, wenn sich die Bevölkerungsmehrheit beider Subjekte per Referendum mit der Grenzänderung einverstanden erklärt.

Seit einem Machtwechsel in Nordossetien zu Beginn des Jahres 1998 hatten sich die Beziehungen zwischen den Präsidenten beider Republiken etwas verbessert. Der bisherige Präsident Nordossetiens, Galasow, war mit überwältigender Mehrheit abgewählt worden. Ihm wurde Mitschuld an dem Konflikt und der Behinderung seiner Lösung zugeschrieben. Am stärksten war die Ablehnung in dem umstrittenen Bezirk Prigorodnyj, und zwar sowohl unter den dortigen inguschischen als auch ossetischen Bevölkerungsteilen. Der neue Präsident, Aleksandr Dsasochow, trat in einen Dialog mit seinem Amtskollegen Auschew, der sich in Präsidentschaftswahlen in Inguschetien erneut bestätigt hatte und den Ruf eines kompetenten Politikers, einer Ausnahmerscheinung im Nordkaukasus, genießt.

In beiden Republiken hatten die Wahlen aber das von dem Flüchtlingsproblem belastete politische Klima und die Spannungen an der Grenze noch verschärft, und die verbesserte Verständigung zwischen ihren Führungen wurde nicht von einer Entspannung zwischen den Konfliktseiten begleitet. Vielmehr kam es zu einer Häufung der Terrorakte. Im September 1998 brachte ein Zwischenfall an der Grenze zwischen Nordossetien und Inguschetien den Konflikt und das mit ihm zusammenhängende Flüchtlingsproblem schlagartig in Erinnerung. In der Nacht zum 12. September wurde ein Grenzposten überfallen. Dabei wurden fünf ossetische Milizionäre getötet. Daraufhin rotteten sich Osseten unter Führung des Verwaltungschefs einer benachbarten Siedlung zusammen und setzten Wohncontainer und wiederinstandgesetzte Häuser in einem inguschischen Flüchtlingslager im Bezirk Prigorodnyj in Brand. Die Präsidenten beider Republiken und der russische Innenminister riefen die Bevölkerung Nordossetiens und Inguschetiens eindringlich dazu auf, Ruhe zu bewahren und den Vorfall nicht zu einem erneuten Nationalitätenkonflikt eskalieren zu lassen. Gleichzeitig versetzte aber Präsident Auschew die Gewaltstrukturen und Rechtsschutzorgane seiner Republik in Alarmbereitschaft und drohte bei einem Besuch in Moskau mit militärischen Maßnahmen gegen den Nachbarn, obgleich er anerkennen mußte, daß der Überfall auf den Grenzposten offensichtlich von inguschischen Tätern als Racheakt für die Ermordung von zwei Angehörigen ihrer Volksgruppe zwei Wochen zuvor begangen worden war. Nordossetien verdächtigte die Regierung Inguschetiens, die Bekanntmachung der Terroristen und ihre Auslieferung an die Rechtsschutzorgane zu unterlassen.

Das umstrittene Territorium des Prigorodnyj Rajon umfaßt einen der landwirtschaftlich fruchtbarsten Gebietsteile Nordossetiens. Der Verwaltungschef des Bezirks äußerte sich im Sommer 1997 über die Verhältnisse in seinem Amtsbereich: Der Bezirk habe 83.000 Einwohner, von denen 15.000 arbeitslos seien. Vor 1992 hätten hier 17.700 Inguschen gewohnt, 1997 betrage die inguschische Bevölkerung bereits wieder 11.000. Das Tempo der Rückkehr der Flüchtlinge aus Inguschetien übersteige das Tempo der Erfüllung der diesbezüglichen Voraussetzungen vor Ort. Selbst mit erheblichen Geldzuwendungen, wie sie

von beiden Republiken und der Bundesregierung vereinbart worden seien, nehme eine geordnete Rückkehr der Flüchtlinge in zumutbare Verhältnisse noch sieben bis zehn Jahre in Anspruch. Der Bezirk habe zudem 8.700 ossetische Zwangsumsiedler aus Georgien, Abchasien, Inguschetien, Tschetschenien und Mittelasien aufgenommen. Durch den Konflikt sei seine gesamte Wirtschaftsstruktur vernichtet worden. Für die Kompensation der Schäden habe der Bundeshaushalt 42 Mrd. Rubel bewilligt. Die Kriminalität in dem Bezirk sei in letzter Zeit erheblich angestiegen.<sup>29</sup>

Insgesamt befanden sich in Nordossetien Ende 1998 mehr als 38.000 Flüchtlinge und Vertriebene.<sup>30</sup> Der Föderale Migrationsdienst hat seine Hilfe für die Flüchtlinge weitgehend eingestellt. Die Republikführung erließ 1997 eine Resolution zur Räumung von Sanatorien, Tourismusanlagen und Wohnheimen, in denen Flüchtlinge untergebracht waren, weil die Regierung angeblich Garantien für eine sichere Rückführung der Betroffenen in ihre vorherigen Wohnorte erlangt habe, zum Beispiel von Georgien. In Georgien waren aber die Wohnungen ossetischer Emigranten längst von Georgiern in Besitz genommen worden, so daß eine Zusage gesicherter Rückkehr zweifelhaft war.<sup>31</sup> Der größere Teil der aus Nordossetien vertriebenen Inguschen lebt immer noch in Inguschetien in Notunterkünften und bei Verwandten.<sup>32</sup> Während Nordossetien mit einem unterhalb der Armutsgrenze lebenden Bevölkerungsanteil von 30% für die Verhältnisse Rußlands und der GUS noch relativ "normale" sozialökonomische Indikatoren aufweist, befand sich Inguschetien von Beginn seiner Konstituierung als Republik 1991 an in einer besonderen Notsituation. Auf seinem Territorium (3.200 km<sup>2</sup>) befinden sich so gut wie keine relevanten Wirtschaftsobjekte. Erst die Errichtung einer Wirtschaftszone regte Bau- und Wirtschaftsaktivitäten an. 1997 wurde dieses Sonderregime durch russischen Parlamentsbeschluß zwar aufgehoben, dem Republikhaushalt dafür aber ein Kompensationskredit von 300 Mrd. Rubel gewährt. Präsident Auschew konnte von Moskau zudem regelmäßige Überweisungen für die Auszahlungen von Pensionen und sozialen Leistungen erwirken. Dennoch war die Republikwirtschaft nicht stark genug, um den hohen Flüchtlingsanteil an der lokalen Bevölkerung zu bewältigen. 1995 hatte die Republik laut Angaben des FMS sogar 161.000 Flüchtlinge aus Tschetschenien aufgenommen, was der Hälfte ihrer bisherigen Gesamtbevölkerung entsprach.

Der FMS erkundete 1998 bei inguschischen Flüchtlingsfamilien die Bereitschaft, in andere Regionen Rußlands umgesiedelt zu werden. Dagegen erhob sich scharfer Protest in Inguschetien. Dazu ein Betroffener, der 1992 aus der Siedlung Sputnik in Nordossetien vertrieben wurden:

Ich bin in den letzten sechs Jahren auf der erfolglosen Suche nach einem Heim und einer neuen Lebensbasis durch ganz Zentralrußland gereist und kann mit Gewißheit sagen: nirgendwo

---

<sup>29</sup> Interview mit Pavel Tadeev in NG, 13.9.1997, S. 3.

<sup>30</sup> 78% davon waren Flüchtlinge aus Südossetien und anderen Landesteilen Georgiens, 9% der Flüchtlinge kamen aus Zentralasien und Kasachstan, 6% aus Tschetschenien und 5% waren innerhalb Nordossetiens aus ihren Wohnorten vertrieben worden.

<sup>31</sup> NG, 8.7.1997, S. 3.

<sup>32</sup> M. Kozyrev, Konflikt rajonnogo masštaba, in: Ekspert, No. 40, 20.10.1997, S. 72-74.

wartet man auf uns, niemand ist darauf aus, zusätzliche Mäuler zu stopfen. Die Leiterin des FMS, Tatjana Regent, sollte sich in unserem Land soweit auskennen, um zu wissen, daß in den letzten Jahren auf offizieller Ebene der Haß gegen Personen kaukasischer Nationalität geschürt wurde. Uns nach alledem vorzuschlagen, in irgendwelchen Regionen der Russischen Föderation zu leben, ist der Gipfel des Zynismus von seiten der obersten Gewalt Rußlands.<sup>33</sup>

### *Dagestan: Eine Republik am Abgrund*

Keine andere Gebietseinheit des Nordkaukasus mit Ausnahme des abtrünnigen Tschetschenien beherrscht die Schlagzeilen der russischen Presse so sehr wie die Vielvölkerrepublik Dagestan im Osten der Region. Kein anderes Föderationssubjekt weist so viele Krisenmerkmale auf wie die bevölkerungsreichste und größte unter den nordkaukasischen Republiken, die gleichzeitig die ethnisch am stärksten differenzierte Region Rußlands ist. Dagestan wurde vom Krieg in Tschetschenien in Mitleidenschaft gezogen und wird gegenwärtig durch die chaotische Situation im Nachkriegs-Tschetschenien beeinflusst. Die Durchschnittsgehälter sind hier mehr als drei Mal niedriger als der Durchschnittswert in Rußland. Die stark von der Rüstungswirtschaft geprägte Industrie des Landes ist zusammengebrochen. Die Wirtschaftskrise verstärkte das traditionelle Gefälle zwischen Berg- und Flachland. Viele Bergbewohner migrierten in die wenigen Städte des Flachlands. Inzwischen besteht dort etwa die Hälfte der Bevölkerung aus Migranten. Die dort ansässigen Ethnien, vor allem turksprachige Kumyken und Nogaier, befürchteten, zur Minderheit in ihren Siedlungsgebieten zu werden. Kosaken am Unterlauf des Terek sahen sich in einen Minderheitenstatus versetzt, während sie in der Vergangenheit die Mehrheit der dortigen Bevölkerung gebildet hatten. Die mit unkontrollierter Migration verbundenen ethnopolitischen und sozialen Probleme veranlaßten die Republikregierung, ein Programm zur Entwicklungsförderung der Bergregionen auszuarbeiten, für dessen Umsetzung freilich die Mittel fehlen.

Im Völkerlabyrinth Dagestans können Migrationen zwischen den Siedlungsgebieten der verschiedenen Ethnien die in den staatlichen Strukturen der Republik austarierte ethnopolitische Balance sprengen. Schon in der Vergangenheit wurde die Stabilität durch Migrationen von Angehörigen der einen Volksgruppe in die traditionellen Siedlungsgebiete einer anderen gefährdet. Diese Gefahr spitzte sich mit den mannigfachen sozialökonomischen Problemen der Übergangsperiode nach dem Zerfall der Sowjetunion zu. So sind Landreform und -privatisierung im Zusammenhang mit komplizierten ethnischen Gebietsstrukturen explosive Themen. Streitigkeiten um knappen Grund und Boden haben zu Kollisionen zwischen Volksgruppen geführt. Rezente Wanderungen hingen aber nicht nur mit der sozialökonomischen Krise in Dagestan selber zusammen, sondern mit ethnischen Konflikten in Nachbarländern wie Geor-

---

<sup>33</sup> Nezavisimaja gazeta. Elektr. Versija, Nr. 226, 3.12.1998.

gien, Aserbaidshan<sup>34</sup> und mit den Turbulenzen in Tschetschenien, die sich besonders im Sommer 1998 wieder an der Grenze zum Bürgerkrieg bewegten.

Russen und Kosaken in Dagestan versuchten, sich gegen das Auftreten der zahlreichen dagestanischen "Volksfronten" und "ethnischen Milizen" und gegen Wanderungsbewegungen in ihre eigenen Siedlungsgebiete zu organisieren, zum Beispiel in Formationen der Terek-Kosaken oder der "Russischen Gemeinde", die 1994 in Machatschkala gegründet wurde. Auf einer Konferenz der Bewegung "Rus" in Kisljar wurden Gründe für die Auswanderung der Russen aus Dagestan in den letzten Jahren genannt: ethnischer und religiöser Extremismus, Aktionen illegaler Gruppen, wachsende interethnische Spannungen im Alltagsleben, der Krieg in Tschetschenien, Arbeitslosigkeit, Umsiedlungen von Dagestanern von den Berg- in die Talregionen. Man forderte mehr Aktivität der Bundesgewalt in Dagestan und die Integration von Kosaken in lokale Regierungsinstitutionen. Die Republikregierung tritt strikt gegen die Bildung bewaffneter Kosakenformationen ein. Der Anteil der Russen an der Republikbevölkerung betrug 1997 nur noch 7,2%, ihre Repräsentation in der Republikführung 4,6%.<sup>35</sup>

Am stärksten wurde Dagestan aber durch die Turbulenzen im Nachbarland Tschetschenien erschüttert. Die Entwicklung in beiden Republiken sind durch ethnokulturelle und historische Klammern miteinander verbunden. Im Westteil Dagestans (Bezirk Chassawjurt u.a.) leben etwa 100.000 ethnische Tschetschenen, sogenannte Akkiner-Tschetschenen, in Gebieten, die nach der Deportation der Tschetschenen 1944 Dagestan zugeschlagen worden und auch nach der Wiedererrichtung der tschetscheno-inguschischen ASSR in dieser Verwaltungshoheit geblieben waren. Unter der tschetschenischen Bevölkerungsgruppe Dagestans kam nicht nur die Forderung nach Rückgabe ursprünglich tschetschenischer Siedlungsgebiete auf, in die seinerzeit Angehörige dagestanischer Volksgruppen (Laken u.a.) umgesiedelt worden waren, sondern auch Sympathie mit der Sezessionsbewegung im "ethnischen Mutterland" Tschetschenien und teilweise sogar das Bestreben nach Anschluß ihrer Wohngebiete an die von Rußland abtrünnige Republik. Dagestanische Tschetschenen traten der Nationalgarde Dudajews bei. Nationalistische Kräfte in Tschetschenien stellten ihrerseits Ansprüche auf die betreffenden Gebiete in der Nachbarrepublik. Bei der Unterzeichnung des Friedensabkommens mit Rußland in Chassawjurt Ende August 1996 drückte der spätere Präsident Tschetscheniens, Aslan Maschadow, seine Freude darüber aus, daß dieser Frieden auf "geheiligttem vainachischem Boden" besiegelt wurde ("vainachisch" bezeichnet die Sprachen- und Völkergruppe, zu der Tschetschenen und Inguschen gehören). In letzter Zeit stellten sich grenzüberschreitende Einigungsbewegungen zwischen verschiedenen Gruppierungen in beiden Republiken unter die Flagge des Islam und erinnerten an den

---

<sup>34</sup> So migrierten Kwarel-Awaren, eine in Georgien lebende Untergruppe der größten dagestanischen Volksgruppe, in Gebiete Dagestans, die von Nogaiern besiedelt sind – gegen den Widerstand der ethnischen Organisationen dieser Volksgruppe. Die Staatsgrenze zwischen Dagestan und Aserbaidshan zerschneidet das Siedlungsgebiet einer Volksgruppe, der Lesghier oder Lesghinen, in deren Reihen eine nationale Einigungsbewegung aufkam, die vor allem in Aserbaidshan für Unruhe sorgte und dort von den Behörden unterdrückt wurde.

<sup>35</sup> Nabi Abdullaev, Russians in Daghestan Organize, *Novoe delo*, in: IEWS Russian Regional Report, Vol. 2, No. 42, 4.12.1997, S. 5-7.

gemeinsamen Kampf gegen das russische Imperium im 19. Jahrhundert, der seinerzeit als "ghazawat", als Krieg gegen die Ungläubigen, unter der Leitung des Imam Schamil geführt worden war.

Nach Ausbruch des Kriegs in Tschetschenien überschritten Flüchtlingsströme die Grenze nach Dagestan. Internationale Organisationen wie das Rote Kreuz und UNHCR eröffneten 1995 Niederlassungen in Chassawjurt und Machatschkala. UN-Organisationen, die nicht in Tschetschenien selber operieren durften, errichteten ihre lokale Basis in Dagestan. Ein Drittel der Flüchtlinge wurde in Lagern untergebracht. Der größere Teil fand Zuflucht bei dagestanischen Familien tschetschenischer Herkunft. Dadurch wurde das schon vorher bestehende "tschetschenische Problem" Dagestans verschärft. 1996 nahm der Flüchtlingsstrom wieder ab; nach dem Friedensschluß im August blieben schätzungsweise noch 30.000 der Flüchtlinge in Dagestan. Die Zahl ist aufgrund der Durchlässigkeit der tschetschenisch-dagestanischen Grenze allerdings unzuverlässig.

Die Aufnahme der Flüchtlinge verschärfte die sozialökonomischen und interethnischen Probleme, führte zur Verteuerung knappen Bodens und Wohnraums und störte die empfindliche ethnopolitische Balance in Dagestan. Insbesondere Kumyken, die in der Region von Chassawjurt dominieren, fühlten sich auf "ihrem angestammten Territorium" bedrängt. Ihre Volksfront "Tenglik" reagierte mit verstärkten Forderungen nach einem autonomen Kumykistan, was wiederum die Volksfront der Awaren namens "Schamil" in Rage brachte. Auch die Nationalbewegung der Nogaier, "Birlik", berief sich bei ihren Forderungen nach territorialer Autonomie auf die Gefährdung ihres Ethnos durch Migrationen aus anderen Volksgruppen. Diese ethnischen Organisationen, die das politische Leben Dagestans maßgeblich mitbestimmen, gingen zwar nicht aus dem Krieg im Nachbarland und den von ihm provozierten Fluchtbewegungen hervor, wurden aber durch die damit verbundenen Entwicklungen in ihrer Orientierung auf Ethnizität bestärkt. Der Krieg in Tschetschenien hat dabei noch zu anderen Formen von "displacement" geführt, indem er generell die antikaukasischen Ressentiments in Rußland und anderen Teilen der ehemaligen Sowjetunion verstärkte. In diesem Zusammenhang kam es zu Rückwanderungen von Angehörigen dagestanischer und anderer nordkaukasischer Nationalitäten aus Industriegebieten des kaspischen Raums und Rußlands in ihre Heimatregionen.

## **Der Südkaukasus**

Beim und nach dem Zerfall der Sowjetunion kam in das Bevölkerungsbild des Südkaukasus erhebliche Bewegung. Sie führte teils zur weiteren Indigenisierung und ethnischen Konsolidierung, teils aber auch in die Gegenrichtung, so durch die gesteigerte Auswanderung aus den Titulernationalitäten. Ein Gebiet wie Abchasien veränderte in der Kriegsphase von 1993 durch die Flucht der georgischen Bevölkerungsmehrheit schlagartig seine ethnodemographische Struktur – auch hier in Richtung einer Konsolidierung der Titulernationalität, die zuvor eine Minderheit der Gebietsbevölkerung dargestellt hatte.

### *Georgien*

Mit dem Zerfall der Sowjetunion, wachsendem georgischen Nationalismus in der Periode der "Souveränitätsparade" ehemaliger Sowjetrepubliken Ende der achtziger und zu Beginn der neunziger Jahre, dem Ausbruch ethnopolitischer und -territorialer Konflikte um die Gebiete Abchasien und Südossetien und einer schwierigen, von innenpolitischen Machtkämpfen bestimmten Übergangsphase bis 1995 kam es zu einer deutlichen Abweichung vom bisherigen Bild der Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstruktur Georgiens.

Zu Beginn der neunziger Jahre stand die Entwicklung im Zeichen eines gesteigerten georgischen Nationalismus, wobei Russen, Armenier und Juden verstärkt aus Georgien auswanderten. Der Exodus der Russen erreichte 1992-93 seinen Gipfel, als in Georgien die innenpolitischen Wirren ihrem Höhepunkt entgegenrieben. Doch bald schloß die Netto-Emigration alle ethnischen Gruppen einschließlich der Titularnation selber ein. Georgier stellten unter den Republiknationen der GUS nach Armeniern und Tadschiken die dritthöchste Quote der Emigration nach Rußland. Schon bis Sommer 1996 hatten laut einer Studie, die dem Ministerium für Migration und Flüchtlingsprobleme in Tiflis vorlag, zwischen 800.000 und 850.000 Menschen die Republik verlassen. Die Mehrheit der Emigranten kam aus Altersgruppen unter 35 Jahren. Damals wurde über eine Verschärfung der Emigrationskontrolle diskutiert. Die Auswanderung in Länder, mit denen Georgien Abkommen über visafreien Verkehr unterzeichnet hatte, war praktisch unkontrolliert. Der zuständige Minister zählte die Emigration zu den Grundproblemen des Landes, stellte sie neben das Drogenproblem und andere Störungen des gesellschaftlichen Lebens, die dringend unter Kontrolle gebracht werden mußten.<sup>36</sup>

Die Emigration war ein Ausdruck der Destabilisierung Georgiens, die ihren Höhepunkt 1993 erreichte, als nicht nur Abchasien, sondern auch andere Teile des Landes, insbesondere Westgeorgien (Mingrelieu), der Kontrolle der Regierung in Tiflis entglitten. In dieser Periode befanden sich die "Machtstrukturen" in den Händen privater Milizen und paramilitärischer Gruppen, die Rechtsordnung lag am Boden und die Wirtschaft nahm eine Entwicklung, die nur noch mit dem Bürgerkriegsland Tadschikistan vergleichbar war. In der Folgezeit gelang unter der Führung Schewardnadse die Wende zum Besseren. Die Machtstrukturen wurden wieder von einer relativ "ordentlichen" Regierungsgewalt kontrolliert, ein Minimum an Rechtssicherheit konnte erlangt werden und Georgien wurde recht erfolgreich in internationale Beziehungen eingebunden. Die Wirtschaftsentwicklung schlug sich – freilich ausgehend von allertiefster Talsohle – in Wachstumsdaten nieder, die zu den höchsten in der GUS gehörten, den größten Teil der Bevölkerung allerdings noch nicht aus bitterer Armut befreiten. Das Jahr 1998 zeigte mit dem Attentatsversuch auf Schewardnadse im Februar, mit erneuten gefährlichen Konfrontationen im Abchasienkonflikt im Mai, mit der Meuterei einer Garnison in Mingrelieu im Oktober, mit einem wachsenden Gegensatz zwischen dem Führer des autonomen Landesteils Adscharien, Abaschidse, und der Regierung in Tiflis und mit der Agitation extremistischer Kräfte, daß Georgien eine wirkliche Stabilisierung noch nicht

---

<sup>36</sup> Segodnja, 19.7.1996.



erlangt hat. Häufige Wechsel der für die Machtstrukturen verantwortlichen Minister weisen auf die prekäre Sicherheitssituation in der Republik hin.

### *Der Abchasienkonflikt*

Den Hauptanstoß für Erschütterungen der Bevölkerungsstrukturen Georgiens lieferte der Konflikt mit dem abtrünnigen Abchasien. Solange das ungelöste Problem der aus Abchasien Vertriebenen die Innenpolitik und das soziale Klima belastet, kann von Stabilität in Georgien keine Rede sein. Laut der letzten sowjetischen Volkszählung hatte der autonome Landesteil 1989 rund 525.000 Einwohner, davon 45,7% Georgier, 17,8% Abchasen (97.000), 14,6% Armenier, 14,2% Russen. Der schon länger schwelende Konflikt ging 1992 in seine Kriegsphase über, nachdem im Juli das Parlament in Suchum(i) in Abwesenheit der georgischen Abgeordneten die Verfassung Abchasiens von 1925 in Kraft gesetzt hatte (nach der Abchasien seinerzeit als ein mit Georgien auf gleicher Stufe stehender sowjetischer Gliedstaat konstituiert worden war) und georgische Truppen daraufhin den abtrünnigen Landesteil angegriffen hatten. Der Abchasienkrieg tobte vom August 1992 bis September 1993. Vor den abchasischen Truppen, denen Söldner und Freiwillige aus nordkaukasischen Republiken und andere militärische Kräfte aus Rußland zur Seite standen, floh fast der gesamte georgische Bevölkerungsteil nach Süden. Die ethnischen Georgier – in Abchasien wird diese Bevölkerungsgruppe nach "eentlichen Georgiern" und georgischen (kartvelischen) Subethnien wie Mingrelier und Swanen unterteilt – hatten vor allem im südlichsten Bezirk Abchasiens, in Gali, gelebt.<sup>37</sup> Nach ihrer Vertreibung stellte die abchasische "Titularnation" nun die größte Bevölkerungsgruppe. 1995, nachdem ein Teil der Flüchtlinge wieder nach Gali zurückgekehrt war, lebten 91.162 Abchasen, 89.928 Georgier, 61.962 Armenier, 51.573 Russen, 8.177 Ukrainer, 3.535 Griechen und 6.947 Angehörige anderer Nationalitäten in Abchasien.<sup>38</sup>

Die internationale Konfliktbearbeitung unter Ägide der UNO trat lange Zeit auf der Schwelle, wofür vor allem die Haltung der abchasischen Seite verantwortlich gemacht wurde. Gegen Ende 1997 kamen die Konfliktseiten wenigstens überein, einen Koordinationsrat zu bilden, in dem drei Arbeitsgruppen die dringlichsten Probleme für eine Konfliktregulierung behandeln sollten: die Rückkehr der Flüchtlinge, den Wiederaufbau der kriegsgeschädigten Gebiete und den künftigen Status Abchasiens. Neben den Konfliktparteien sollten diesem Koordinationsrat Vertreter der OSZE und einer Ländergruppe (Deutschland, Frankreich, USA, Großbritannien, Rußland) angehören, welche die "Freunde des UN-Generalsekretärs in der georgischen Frage" bilden.

---

<sup>37</sup> Abchasien besteht verwaltungsmäßig aus den Städten Suchumi, Tkvartscheli und Gagra und den Distrikten (Rayons) von Gali, Gudauta, Gulripschi und Otschamtschira. Im Rayon Gali waren 1989 93,8% der Bevölkerung Georgier und nur 0,8% Abchasen. Der stärkste abchasische Bevölkerungsteil war 1989 in Gudauta (53,1%) und in der Stadt Tkvartscheli (42,3%).

<sup>38</sup> Angaben des Statistischen Amtes Abchasiens, zit. von A. Krylov, Abchazija. Social'nyj portret nepriznannogo gosudarstva, Afrika i Azija segodnja, Nr. 11/1998, S. 42-46, hier S. 42.

Viele Flüchtlinge waren bis dahin spontan in ihre Heimatdörfer im Bezirk Gali zurückgekehrt, oft in völlig zerstörte Häuser. In einigen Dörfern waren bereits bis zu 85% der 1993 Vertriebenen zurückgekehrt, für den Gesamtbezirk wurden Zahlen von über 50% genannt. In Gali läßt sich die "Fieberkurve der georgisch-abchasischen Beziehungen" besonders deutlich ablesen. Die Region steht nominell unter abchasischer Kontrolle. Doch die Dorfverwaltungen erhalten ihre Befehle oft aus Georgien. Georgische Partisanen üben Anschläge auf abchasische Einrichtungen aus, während die abchasische Polizei die georgische Bevölkerung schickaniert.<sup>39</sup>

1998 wurde deutlich, wie instabil der Waffenstillstand ist, der im Mai 1994 den Abchasien-Krieg formell beendet hatte. Genau vier Jahre nach Abschluß dieses Waffenstillstands kam es im Mai 1998 zu Kämpfen in Gali, die über das gewohnte Maß ständiger Scharmützel und Terrorakte hinausgingen. Ihnen waren wochenlange gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen der abchasischen Miliz und georgischen Freischärlern vorausgegangen. Eine ominöse "Weiße Legion" aus georgischen Freischärlern übte seit 1996 subversive Aktionen auf abchasischem Territorium aus. Später wurde eine weitere Kampfeinheit unter dem Namen "Waldbrüder" geschaffen. Die georgische Regierung stellt jegliche staatliche Unterstützung dieser Einheiten in Abrede, wird jedoch nicht nur vom abchasischen Konfliktgegner einer solchen verdächtigt. Der Vorfall vom 18. Mai 1998 markierte die stärkste Konfliktintensität seit dem Ende der Kriegshandlungen. An diesem Tag griffen georgische Freischärler abchasische Milizen an und töteten etwa 20 Polizisten in Gali. Die abchasische Gegenoffensive löste eine erneute Massenflucht ethnischer Georgier aus diesem Gebiet nach Süden aus. Von mehr als 30.000 Flüchtlingen, größtenteils Rückkehrer aus der Zahl der 1993 Vertriebenen, war die Rede. Um ihre abermalige Rückkehr nach Gali zu verhindern, legten die Abhasen einen Großteil ihrer Häuser in Schutt und Asche. Ein Waffenstillstandsabkommen, das am 25. Mai vom georgischen Außenminister, seinem abchasischen Gegenpart, dem Kommandeur der russischen Friedenstruppen und dem UN-Sondergesandten unterzeichnet wurde, verhinderte die weitere Eskalation des Konflikts.

Die friedliche Regelung des Abchasienkonflikts geriet daraufhin aber wieder in eine Sackgasse. Im Dezember 1998 ging die sechste Sitzung des Koordinationsrats zur Beilegung des Konflikts in Genf ergebnislos zu Ende. Die zahlreichen Verstöße gegen die Waffenstillstands- und Truppenentflechtungsvereinbarungen haben die Spannungen so gesteigert, daß der UN-Sondergesandte die Konfliktseiten dringlich zur Deeskalation ermahnte.<sup>40</sup>

Ein Hauptproblem der Konfliktregelung ist die ungelöste Frage der georgischen Flüchtlinge. Sie beeinflußt das politische Hauptproblem der Konfliktregulierung, die Bestimmung des Status Abhasiens. Für die abchasische Seite ist die Statusfrage mit dem Problem der ethnischen Bevölkerungsproportionen identisch. Die georgische Seite sieht die Rückkehr der Flüchtlinge als Vorbedingung für die politische Lösung des Konflikts an. Die abchasische Konfliktseite

---

<sup>39</sup> NZZ, 4.12.1997.

<sup>40</sup> NZZ, 21.12.1998.

forderte vor 1999 die umgekehrte Reihenfolge. Die Wiederherstellung der vormaligen Bevölkerungsverhältnisse würde die Position der ethnischen Abchasen bei einer etwaigen Volksbefragung über den Gebietsstatus untergraben. Die Führung in Suchum(i) machte deshalb gravierende Einschränkungen für die Rückkehr von Flüchtlingen und forderte, daß keiner der Rückkehrer an Gewaltakten in Abchasien in der Kriegsphase 1992-93 beteiligt gewesen sein darf, was angesichts der damaligen Konfliktintensität ein weitreichender und vager Vorbehalt ist. Bei Gesprächen mit dem UN-Sonderbotschafter Liviu Bota im Januar 1999 bekundete sie jedoch die Bereitschaft, die Rückkehr der georgischen Flüchtlinge zu ermöglichen. Die geordnete Rückkehr könne vom 1. März 1999 an beginnen. Die georgische Seite reagierte verhalten auf diese Offerte. In Tiflis lehnte man unilaterale Maßnahmen und Initiativen in dieser Frage ab. Das Flüchtlingsproblem könne nur auf der Basis eines Einverständnisses zwischen Tiflis und Suchum(i) gelöst werden und die Repatriierung nur unter "klaren internationalen Garantien für die Sicherheit der Rückkehrer" erfolgen. Außerdem verknüpfe Suchum(i) das Repatriierungs-Angebot nach wie vor mit inakzeptablen Bedingungen und Restriktionen. Den Rückkehrern würde das Recht vorenthalten, in den Gemeinderäten zu arbeiten oder Polizeidienst zu verrichten. Präsident Schewardnadse teilte in einer Radioansprache mit, Abchasien würde ethnischen Georgiern eine Rückkehr nach Gali nur unter der Bedingung gestatten, daß sie die abchasische Staatsbürgerschaft annehmen und die Verfassung Abchasiens anerkennen. Entgegen solcher Vorbehalte begannen – zunächst freilich in sehr geringem Umfang – im März 1999 georgische Flüchtlinge aus Gali, in ihre alten Wohnorte zurückzukehren.

Die Bevölkerung Abchasiens in ihrer Zusammensetzung nach dem Krieg – und zwar nicht nur der abchasische Bevölkerungsteil – bekundete Abneigung gegen die Rückkehr der Flüchtlinge. Bei einer von einem russischen Feldforschungsprojekt zwischen Juli und November 1997 durchgeführten Umfrage unter 1448 Respondenten aus 23 Nationalitäten, bei der allerdings der in Abchasien verbliebene georgische Bevölkerungsteil stark unterrepräsentiert war, erwähnte nur eine sehr kleine Minderheit der Befragten die Rückkehr der Flüchtlinge unter den dringlichsten Problemen und Aufgaben. Als Hauptproblem wurden die im Januar 1996 von der GUS verhängten Wirtschaftssanktionen erwähnt (49%) – gefolgt von der Wirtschaftskrise (33%) und der Arbeitslosigkeit (13%).<sup>41</sup> Aus der Umfrage geht auch hervor, wie diametral die Staatsloyalitäten der Bevölkerung Abchasiens in ihrer heutigen Zusammensetzung einerseits und die der georgischen Flüchtlinge aus Abchasien andererseits auseinandergehen. Auf die Frage, als Bürger welchen Staates sie sich betrachteten, antworteten 91% der Respondenten bei der zitierten Umfrage mit "Abchasien" und 4% mit "Rußland". Nahezu alle georgischen Flüchtlingen aus Abchasien identifizieren sich dagegen mit der Republik Georgien.<sup>42</sup>

Der Konflikt beeinflußt die Haltung beider Konfliktseiten gegenüber Rußland, das nach seiner Verstrickung in die Entwicklung des Abchasienkriegs von 1992-93 bis heute durch

---

<sup>41</sup> A. Krylov, Abchazija. Social'nyj portret nepriznannogo gosudarstva, in: Afrika i Azija segodnja, Nr. 11/1998, S. 42-46, hier S. 44.

<sup>42</sup> Ebenda, S. 46.

seine 1.500 Mann starke Friedenstruppe im Namen der GUS in der Konfliktzone präsent ist. In den vier Jahren ihrer Anwesenheit in der Schutzzzone von Gali boten die Friedenstruppen der lokalen Bevölkerung aber kaum Schutz. In dieser Zeit wurden nach georgischen Angaben 1.600 Zivilisten getötet und mehr als 6.000 Häuser abgebrannt.<sup>43</sup> Aus georgischer Sicht bestätigte sich 1998 abermals, daß Rußland die abchasische Konfliktseite begünstigt, standen doch die Friedenstruppen bei den erneuten Kämpfen in Gali und der zweimaligen Vertreibung von Zigtausenden Georgiern durch abchasische Kampfverbände Gewehr bei Fuß. In Meinungsumfragen zeichnete sich 1998 eine deutliche Verschlechterung der schon vorher gespannten Beziehungen Georgiens zu Rußland ab.<sup>44</sup> Tiflis wird der auf dem nächsten GUS-Gipfel 1999 anstehenden Verlängerung des am 31. Juli 1998 ausgelaufenen Mandats der Friedenstruppen nur dann zustimmen, wenn diese zukünftig verlässlich Gewähr dafür bieten, daß abchasische Kampfverbände eine Rückkehr georgischer Flüchtlinge nach Gali nicht behindern werden. Die abchasische Konfliktseite sieht in Rußland nicht ihren Protektor, sondern diejenige Macht, die den von der GUS verhängten Boykott gegen Abchasien implementiert. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Abchasiens identifiziert sich mit einer eigenen abchasischen, nicht mit rußländischer Staatlichkeit und Staatsbürgerschaft.

#### *Der Konfliktfall Südossetiens*

In geringerem Maße wurde die Situation der Flüchtlinge und "internally displaced persons" in Georgien von dem zweiten größeren ethnoterritorialen und Souveränitätskonflikt des Landes geprägt, vom Konflikt um Südossetien. In dem Autonomen Gebiet Südossetien – dieser Landesteil wird von Georgiern als "Region von Zchinwali" oder "Schida Kartli" bezeichnet – lebten vor dem Ausbruch des gewalttätigen Konflikts 1992 44.500 Osseten. Etwa 8.400 (19%) verließen ihre Heimat.<sup>45</sup> Georgische Familien migrierten aus den Kampfgebieten in Südossetien in andere Teile Georgiens. Umgekehrt zogen ossetische Familien aus verschiedenen Teilen Georgiens – die Mehrheit der Osseten in Georgien lebt außerhalb Südossetiens – nach Zchinwali und darüber hinaus nach Nordossetien (Wladikawkas). Zwischen Südossetien und dem Rest Georgiens kam es nach der Beendigung der Kampfhandlungen und der Einrichtung von Friedenstruppen aus russischen, georgischen und ossetischen Kontingenten seit Sommer 1992 zu Rückwanderungen. Anders als im Konfliktfall um Abchasien erweist sich im georgisch-ossetischen Konflikt der Waffenstillstand als stabil, konnte durch internationale Vermittlung (seit 1997 gibt es ein Missionsbüro der OSZE in Zchinwali) wieder Vertrauen zwischen Georgiern und Osseten geschaffen werden und kam es zu persönlichen Kontakten zwischen Schewardnadse und dem "Präsidenten" der selbsternannten "südossetischen Republik", Ludwig Tschibirow. Beide unterzeichneten im Juni 1998 eine gemeinsame Erklärung über Bemühungen um eine Statusregelung für das

---

<sup>43</sup> Nezavisimaja gazeta, 21.8.1998.

<sup>44</sup> 50% der befragten Georgier in einer USIA-Studie sahen in Rußland die Hauptbedrohung für die Sicherheit und Souveränität ihres Landes (gegenüber 30% 1996); 64% sprachen sich gegen russische Militärpräsenz in Georgien aus (1996: 45%) und 83% äußerten Mißtrauen gegenüber den russischen Friedenstruppen in Abchasien (1996: 76%). RFE/RL Caucasus Report, Vol. 2, No. 2, 12.1.1999.

<sup>45</sup> Nezavisimaja gazeta, 23.7.1997.

ehemalige Autonome Gebiet, die Rückkehr von Flüchtlingen und den wirtschaftlichen Wiederaufbau ihrer Heimatorte. Tiflis gestand dem Landesteil einen speziellen Status innerhalb einer "asymmetrischen Föderation" zu, als welche Georgien konstituiert werden könnte, um seine ethnoterritorialen und Souveränitätskonflikte zu lösen. Bereits seit 1997 konnte die ossetische Bevölkerung unbehelligt in benachbarte Orte reisen; die "Demarkationslinie" wenige Kilometer vom Hauptort Zchinwali war recht durchlässig.

Die EU stellte 1998 ein Programm in Höhe von 3,5 Mio. ECU für den Wiederaufbau von Ortschaften auf, die durch den georgisch-ossetischen Konflikt beschädigt wurden. Allein für den Wiederaufbau zerstörter Häuser in zwei exemplarischen Siedlungen, dem georgischen Dorf Mamisa Antubani und dem ossetischen Prisi, werden Kosten in Höhe von einer Mio. US-Dollar veranschlagt. Für eine vollständige Rehabilitierung der gesamten Konfliktregion wären schätzungsweise 800 Mio. Lari erforderlich (heute rd. 500 Mio. Dollar) – eine Summe, welche die finanziellen Möglichkeiten Georgiens übersteigt.<sup>46</sup>

#### *Die Situation der Flüchtlinge in Georgien*

Anfang 1997 waren nach Angaben des zuständigen Ministeriums in Tiflis 286.621 Personen in Georgien als "internally displaced persons" (IDP) registriert, davon 275.100 aus Abchasien und 11.500 aus der Konfliktregion Südossetien. Eine georgische Migrationsexpertin hält diese Zahl jedoch für um 20-25% zu hoch angesetzt, da die Flüchtlinge – häufig erfolgreich – versuchten, Familienmitglieder und Verwandte, die sich für längere Zeit außerhalb Georgiens befinden, mit zu registrieren, um mehr Sozialhilfe zu erlangen. Zudem befänden sich unter den Registrierten eine hohe Zahl von Personen, die Arbeit im Ausland suchten, da die staatliche Fürsorge in Georgien für die Versorgung ihrer Familien nicht ausreicht.<sup>47</sup> Mehr als 28% der aus Abchasien Vertriebenen waren in Tiflis untergebracht worden, weitere 22% in der Stadt Zugdidi und in der gleichnamigen Region in Westgeorgien (Mingrelia). Im Zentrum der georgischen Hauptstadt ist das zum Wohnheim für Flüchtlinge aus Abchasien umfunktionierte Hotel Iveria zum hochaufragenden Symbol für die schmerzhafteste Niederlage Georgiens im Abchasienkonflikt, für das nationale Trauma, geworden. Nach Angaben des Guirado-Berichts von 1997 lebten zwischen 50% und 70% der Vertriebenen in Gemeindeeinrichtungen (Hotels, Kliniken, Erholungseinrichtungen u.a.), der Rest bei Verwandten und Freunden – viele in weit überbelegten Zimmern (5-10 Personen) und unter sich zunehmend verschlechternden sanitären Verhältnissen.<sup>48</sup> Dieser Bevölkerungsteil bildet "the most vulnerable stratum of Georgian society" und stellte 1996 61,8% der Arbeitslosen im Lande. Soziale Spannungen und die Kriminalitätsrate waren in den Ansiedlungsgebieten der

---

<sup>46</sup> Nezavisimaja gazeta, Elektr. Versija, Nr. 178, 25.9.1998.

<sup>47</sup> Irina Badrashvili, Problems of Forced Migration in Georgia, Vortrag vor "International Migration in Central and Eastern Europe at the Threshold of the XXI Century: New Trends and Emerging Issues", Meeting of Experts. UNESCO-MOST, Russian Academy of Sciences. Centre for Demography and Human Ecology, Moscow, 8.-10. September 1998.

<sup>48</sup> Rapport sur les réfugiés et les personnes déplacées en Transcaucasie, S. 15.

Flüchtlinge deutlich höher als in anderen Landesteilen.<sup>49</sup> Die Flüchtlinge sind zusammen mit anderen unterhalb der Armutsgrenze lebenden Bevölkerungsteilen der Gefahr von Seuchen ausgesetzt, die sich in vielen Ländern der GUS heute erneut ausbreiten. So erleben Georgien und andere GUS-Staaten ein Comeback der Tuberkulose.<sup>50</sup> Bürgerkriege, Flucht, Wirtschaftsmisere und Zusammenbruch des Gesundheitswesens bilden einen idealen Nährboden für diese Erscheinung.

Zu den sozialökonomischen kommen die politischen Probleme, die aus der ungelösten Flüchtlingsfrage für Georgien hervorgehen. Die sich als Interessenvertretung der Flüchtlinge betrachtende (georgische) "Exilregierung aus Abchasien" bildet die stärkste politische "pressure group" des Landes und setzt die Innen- und Außenpolitik Schewardnades unter erheblichen Druck. Ihr Führer, Taras Nadareischwili, verkörpert die "Partei des Kriegs", die diesen Konflikt mit militärischer Gewalt beendet sehen will. Die rechtsnationalistische Opposition kritisiert Schewardnade und fordert entschiedene Aktionen gegen die "Separatisten". In das gleiche Horn stoßen die "Zviadisten", die ärgsten politischen Gegner des Präsidenten. Die aus Abchasien Vertriebenen und die "Zviadisten" haben dabei ein besonderes Verhältnis zu dem westgeorgischen Landesteil Mingrelien. Von dort stammt der größte Teil der ehemaligen georgischen Bevölkerung Abchasiens, und dort ist ein bedeutender Teil der Flüchtlinge heute untergebracht. Dort hatte sich der gestürzte Präsident Zviad Gamsachurdia 1992-93 eine Bastion gegen seine Gegner in Tiflis geschaffen, und Mingrelien gilt auch heute noch als eine Hochburg der Opposition.

Eine grundlegende Voraussetzung für die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre vormaligen Wohnorte in Abchasien bilden Maßnahmen zum wirtschaftlichen Wiederaufbau der kriegsgeschädigten Gebiete. Hatte die georgische Regierung zwischen 1993 und 1997 vor allem die internationale Isolierung Abchasiens als ihr politisches Ziel verfolgt, ließ sie sich nachfolgend auf eine internationale Hilfspolitik in Abchasien zur Begleitung der Rückführung der Flüchtlinge ein. 1997 führte der UNHCR ein Wiederaufbauprogramm für Schulen in Abchasien durch. und begann damit, Flüchtlinge, die spontan nach Gali zurückkehrten, zu registrieren. Vertreter verschiedener UN-Organisationen arbeiten in einer Mission zur Feststellung der Bedürfnisse in Abchasien zusammen.<sup>51</sup>

### *Aserbaidshan*

Kein anderes Ereignis berührte die Bevölkerungs- und Migrationsentwicklung im Südkaukasus stärker als der Karabach-Konflikt, der als der früheste (im Februar 1988 ausgebrochene), nach 1991 am weitesten internationalisierte, am stärksten festgefahrene und komplizierteste der mit dem Zerfall der Sowjetunion verbundenen ethno-territorialen

---

<sup>49</sup> Gocha Lordkipanidze, Nikoloz Vashakidze, Mass Exodus from Abkhazia: Implications for State and Regional Security. In: NACC Seminar in Poland on "Economic Aspects of the Impact of Migrations and Refugees on State Security", Warsaw, 16.-17. September 1996.

<sup>50</sup> Siehe dazu: Alexandra Rigos, Wie Ebola mit Flügeln, in: Der Spiegel, 51/1998, S. 196-200.

<sup>51</sup> UN Needs Assessment Mission to Abkhazia, March 1998; siehe Bruno Coppieters, Westliche Sicherheitspolitik und der georgisch-abchasische Konflikt.

Konflikte in die nachsowjetische Geschichte eingegangen ist. Bereits in der Phase vor dem Ausbruch regelrechter Kriegshandlungen zwischen Armenien und Aserbaidschan (1991-1994) hatte er zu ethnischen Vertreibungen und Bevölkerungsveränderungen erheblichen Ausmaßes geführt. Nach offiziellen Angaben waren bereits bis 1990 infolge des Konflikts 186.000 Aseris, 11.000 Kurden und 3.500 Russen aus Armenien nach Aserbaidschan geflohen, während aus Aserbaidschan 229.000 Armenier nach Armenien und rund 100.000 nach Rußland und in andere Teile der Sowjetunion emigriert bzw. geflohen waren. In gewalttätigen Ausschreitungen in beiden Republiken waren Hunderte Armenier und Aseris umgekommen.<sup>52</sup> In der Kriegsphase wirkten sich die Migrationskonsequenzen dann besonders für das militärisch unterlegene Aserbaidschan dramatisch aus. Im Frühjahr 1992 rückten aserbaidtschanische Truppen gegen Berg-Karabach vor und vertrieben etwa 40.000 Armenier aus den umliegenden Gebieten. Die Gegenoffensiven brachten dann bis Ende 1993 nicht nur Berg-Karabach, sondern auch die umliegenden Gebiete in Westaserbaidschan (Chodshali, Kelbadshar, Fisuli, Kubatly, Dshebrail, Sengelan, Agdam, Latschin und Schuschi) unter armenische Kontrolle. Aserbaidschan war mit lawinenartiger Flucht aus den besetzten Gebieten konfrontiert, und das in einer Phase innenpolitischer Machtkämpfe und staatlichen Chaos'. Im Dezember 1993 waren bereits 778.000 Flüchtlinge und Vertriebene registriert. Die Fluchtbewegung zielte zunächst nach Süden, in das Grenzgebiet zu Iran. Teheran hatte ein Überschwappen der Flüchtlingsströme und des Karabach-Kriegs auf das Territorium Nordwestirans zu befürchten, wo Millionen Aseris als größte ethnische Minderheit Irans leben. Erste Flüchtlingslager in Aserbaidschan wurden mit Hilfe Irans, Saudi-Arabiens und der Türkei errichtet. Nach dem Waffenstillstand vom Mai 1994 wurden auf diesem Gebiet internationale Flüchtlingsorganisationen tätig.

Das in den Karabach-Konflikt, innenpolitische Machtkämpfe und eine dramatische Wirtschaftskrise verstrickte Aserbaidschan hatte die höchste Emigrationsquote unter den drei südkaukasischen Staaten. Die russische Bevölkerung in der Republik halbierte sich zwischen 1989 (rd. 400.000) und 1996 (rd. 198.000) und fiel auf ihr tiefstes Niveau in diesem Jahrhundert. Inzwischen vermindert sich die Auswanderung, wandern Russen bereits wieder nach Aserbaidschan zurück. Spekulationen über wirtschaftliche Entwicklungsaussichten des Landes mögen diese Rückwanderung motivieren; aber auch die ethnopolitischen Bedingungen scheinen für russischsprachige Minderheiten in Aserbaidschan besser als in vielen anderen GUS-Staaten zu sein. Obwohl Aserbaidschan außenpolitisch in einem gespannten Verhältnis zu Rußland steht, wurden hier die Übertragungen des rußländischen Fernsehens und das Erscheinen von Zeitungen in russischer Sprache nicht eingeschränkt. Baku unterhält ein pädagogisches Institut für russische Sprache und Literatur. In Aserbaidschan wurde keine russische Schule geschlossen.<sup>53</sup>

Dramatisch war die Emigration aus der Titularnationalität selber. Nach Angaben der aserbaidtschanischen Presse wanderten zwischen 1991 und 1997 mehr als 1,5 Mio. Personen aus

---

<sup>52</sup> A. S. Junusov, Armjano-azerbajdzanskij konflikt: migracionnye aspekty, in: Migracionnaja situacija v stranach SNG. Pod red. Ž.A.Zajončkovskoj, Moskva 1999, S. 77-89, hier S. 79.

<sup>53</sup> Il'ja Maksakov, in: Nezavisimaja gazeta, 11.8.1998.

Aserbaidsschan nach Rußland aus. Allein in Moskau leben nach Angaben des russischen Innenministeriums von 1998 500.000 Aseris, nach Angaben der aserbaidsschanischen Botschaft sogar eine Million.<sup>54</sup> In St.Petersburg stieg ihre Zahl auf 200.000 Personen an. Auch aserbaidsschanische Gemeinden in Südsibirien und im Fernen Osten erhielten in den neunziger Jahren Zuwachs.

Trotz dieser Emigration verläuft der Trend der Bevölkerungsentwicklung auch in Aserbaidsschan in Richtung einer weiteren Indigenisierung und Homogenisierung. In den elf Jahren nach Ausbruch des Karabach-Konflikts hat sich der Anteil der Titulernationalität an der Republikbevölkerung (7,6 Mio.) auf mehr als 90% erhöht. Waren zuvor Russen und Armenier die größten ethnischen Minderheiten, sind es heute Lesghinen, Talyschen und Kurden. Auch die konfessionelle Zusammensetzung der Bevölkerung hat sich deutlich verändert: 95% sind Muslime, nur noch 4% gehören christlichen Glaubensgemeinschaften an. Die Nationalitätenprobleme sind durch diese Entwicklung jedoch nicht geringer geworden. Die internationale Prominenz des Karabach-Konflikts verdeckt eine Reihe anderer Minderheiten- und Nationalitätenprobleme Aserbaidsschans, die ebenfalls zur Quelle von Migration und Flucht werden können oder teilweise bereits geworden sind. Dazu gehört vor allem das Problem der lesghinischen Volksgruppe im Norden des Landes. Das Siedlungsgebiet dieses eher dem nordkaukasischen Kulturkreis zugerechneten Volks wird von der Staatsgrenze zwischen der rußländischen Teilrepublik Dagestan und Aserbaidsschan zerschnitten. Die Lesghinen werden so von ihren Landsleuten in Dagestan getrennt. Politische Organisationen wie die Nationalbewegung Sadwal, die diese Grenze aufheben will und ein geeintes Lesghistan erstrebt, unterliegen in Aserbaidsschan staatlicher Verfolgung, die zusammen mit einem besonders niedrigen lokalen Lebensstandard und hoher Arbeitslosigkeit Fluchtbewegungen aus Nordaserbaidsschan auslöst. Aserbaidsschan verfolgt in seinen Minderheitengebieten im Norden und Süden des Landes eine rigorose Sicherheitspolitik, so gegenüber Kurden, Dagestanern (Awaren) und iranischsprachigen Talyschen.

#### *Das Problem der Flüchtlinge und Vertriebenen*

"Wer mit offenen Augen das Land bereist kann sehen, daß Aserbaidsschan ein Land voller Flüchtlinge ist. Das ist überall sichtbar – von verfallenen öffentlichen Gebäuden in Baku und anderen städtischen Zentren bis zu den Zeltlagern von Sabirabad und Barda, den Notlagern von Beylagan, den Eisenbahngeländen von Saatli und den Behausungen von Agcabadi. Flüchtlinge sind die große Tragödie unseres Landes. Es ist ein Problem, das so tief geht, daß wahrscheinlich die Aserbaidsschaner selber diese Katastrophe nicht in vollem Umfang begreifen". So schildert Elin Suleimanow, ein aserbaidsschanischer Autor und ehemaliger Mitarbeiter des UNHCR, die Situation in seinem Land, das der Welt in erster Linie als Bühne kaspischer Energiepolitik bekannt ist.<sup>55</sup> Soren Petersen, Stellvertreter des Hohen Kommissars des UNHCR, bezeichnete Aserbaidsschan als das Land mit dem weltweit höchsten Anteil von

---

<sup>54</sup> Argumenty i fakty, No. 20, Maj 1998.

<sup>55</sup> Elin Suleymanov in Azerbaijan International Magazine, Autumn 1998; Turkistan Newsletter, 21.10.1998.



"displaced people" an der Landesbevölkerung.<sup>56</sup> Von 7,6 Mio. Einwohnern fielen im Januar 1998 853.000 Personen in diese Kategorie: 234.000 Flüchtlinge aus Armenien und Usbekistan<sup>57</sup> und 604.000 Vertriebene aus dem Westteil der Republik.<sup>58</sup>

Die Bedingungen, unter denen die Flüchtlinge und Vertriebenen leben, sind alarmierend; besonders alarmierend in einem Land, in dem die Zukunftserwartungen auf ein rasantes Wirtschaftswachstum und möglichst bald zufließende Rohstoff Erlöse eingestellt werden. Der Kontrast zwischen Baku und dem Rest des Landes, zwischen dem Lebensstil der hauptstädtischen Öl-Community und den Verhältnissen, unter denen die Menschen in den Slums und in der Provinz leben, enthält schon ohne das Flüchtlingsproblem einen sozialen Sprengstoff, der zur Entzündung kommen könnte, sollte der zukünftige Erlös der Energieressourcen die soziale Polarisierung noch verstärken statt sie zu mildern.

In Hinsicht auf die Integration der Entwurzelten in die aserbajdschanische Gesellschaft macht die Regierung einen Unterschied zwischen "Flüchtlingen" und "displaced persons". In die erste Kategorie fallen hauptsächlich jene Aseris, die nach 1988 aus Armenien in ihr "ethnisches Mutterland" emigrierten und in dessen Gesellschaft integriert werden sollen, da eine Rückkehr in ihre ehemaligen Wohnorte in Armenien nicht zu erwarten ist. In die zweite Kategorie fallen die aus den besetzten Gebieten Westaserbajdschans Vertriebenen, die das Gros der Flüchtlingsbevölkerung im Lande bilden. Sie sollen in ihre Heimorte zurückkehren und werden deshalb nicht in die Umgebung ihrer provisorischen Wohnorte integriert. "Nach der Einschätzung internationaler Beobachter plaziert die Regierung die Aufnahmezentren an relativ isolierten Standorten, um die Integration mit der lokalen Bevölkerung und in den Arbeitsmarkt zu erschweren. Seit einigen Jahren haben 'displaced persons' auch nicht mehr das Recht, sich in Baku niederzulassen".<sup>59</sup> Bei Umfragen unter der Bevölkerung der Flüchtlingslager wird denn auch vehement das Verlangen nach Rückkehr in die alten Heimorte bekundet, selbst wenn dort die Häuser zerstört sind, die Infrastruktur darnieder liegt und der Boden stellenweise vermint ist (man schätzt, daß 500.000 Minen in den ehemaligen Kampfgebieten um Berg-Karabach verstreut sind).<sup>60</sup>

1998 lebten 92.000 dieser Binnenflüchtlinge in 28 Lagern und 280.000 in umfunktionierten öffentlichen Gebäuden. 232.000 lebten bei Verwandten oder in eigenen Häusern.

Viele Flüchtlingsfamilien leben unter unsäglichen Bedingungen in Zelten, Eisenbahnwaggons und anderen provisorischen Behausungen. Etwa zwei Stunden Autofahrt entfernt von Baku in Richtung zur iranischen Grenze liegt das Flüchtlingslager Saatli, wo 130 Familien aus der von armenischen Truppen besetzten Region Dshebrail seit 1993 in rostenden Eisenbahncontainern

---

<sup>56</sup> Zit. ebenda.

<sup>57</sup> Die Flüchtlinge aus Usbekistan sind etwa 30.000 Turk-Mes'cheten, Angehörige einer Minderheit, die 1944 aus Georgien nach Mittelasien deportiert worden waren, seither für ihre Rückkehr in ihre Heimat kämpften, 1989 einem Pogrom im Ferganatal zum Opfer fielen und nach Aserbajdschan evakuiert wurden.

<sup>58</sup> Junusov, Armjano-azerbajdzanskij konflikt, S. 88.

<sup>59</sup> Rapport sur les refugiés et les personne déplacées en Transcaucasie, S. 11.

<sup>60</sup> Ebenda.

leben, die im Sommer eine erstickende Hitze und im Winter eisige Kälte konservieren. Hier beginnt ein Gebiet, das sich entlang der Grenze zu Iran erstreckt und von Angehörigen internationaler Hilfsorganisationen als "Refugeestan" bezeichnet wird.

Die Flüchtlinge und "displaced persons" werden von der Krise im aserbaidischen Gesundheitswesen am stärksten betroffen. In den Flüchtlingslagern steigt die Krankheits- und Sterblichkeitsrate rapide, nehmen die Geburtenraten ab. "Die Lage der Flüchtlinge wird dadurch erschwert, daß kaum noch internationale humanitäre Hilfe die Republik erreicht. Früher erfuhren die Flüchtlinge Hilfe durch die Türkei und den Iran. Heute kann die Türkei aufgrund ihrer eigenen Wirtschaftslage sich solche Hilfe nicht mehr leisten. Der Iran verfolgt aber politische Ziele bei der Erweisung von Hilfe. Er will den Einfluß des Islam unter den Flüchtlingen stärken. Solche Propaganda eines politischen Islam wird aber durch die Republikverfassung verboten. Deshalb hat auch der Iran seine Hilfe für aserbaidische Flüchtlinge eingestellt. Die Hilfe der EU für Aserbaidisch auf diesem Sektor ist minimal und im Republikbudget stehen erst recht keine Mittel für die Flüchtlinge bereit," so ein aserbaidischer Autor in der "Nezavisimaja gazeta".<sup>61</sup> Auch ein Bericht des Europarats von 1997 konstatierte ein deutliches Nachlassen internationaler humanitärer Hilfe. "So empfangen 200.000 Flüchtlinge und Vertriebene, die in Baku und Sumgait untergebracht sind, seit dem Ende vergangenen Jahres keine humanitäre Hilfe mehr".<sup>62</sup> Zu ihren quälendsten Problemen zählen die Entwurzelten ihre Beschäftigungslosigkeit. Nach Schätzungen des UNHCR hatten 1997 nur 10% der Flüchtlinge und Vertriebenen eine reguläre Beschäftigung. 30% gingen saisonaler Beschäftigung nach. Der größte Teil konnte aber keine eigenen Mittel für den Lebensunterhalt aufbringen und war auf humanitäre Hilfe angewiesen. Dieses Syndrom der totalen Abhängigkeit von fremder Hilfe ist eine Quelle für gravierende soziale Konflikte und Depressionen in den Flüchtlingslagern. Eine Reduktion nationaler oder internationaler Hilfsmaßnahmen, wie sie 1996 vorgenommen wurde, löst hier Panik aus.

Auf Empörung stößt in der Bevölkerung Aserbaidischs insgesamt und erst recht in den besonders hilfsbedürftigen Bevölkerungsteilen die "Section 907", jene auch in den USA umstrittene Bestimmung im "Freedom Support Act" zur Unterstützung ehemaliger Sowjetrepubliken, die Aserbaidisch wegen seiner Blockademaßnahmen gegen Armenien aus der Empfängerliste für amerikanische humanitäre Hilfe ausklammert. Die Europäische Kommission beteiligt sich zusammen mit der Weltbank vor allem am "Fisuli-Projekt", am Wiederaufbau von 22 Dörfern und der Stadt Goradis im Kreis Fisuli in Westaserbaidisch.<sup>63</sup> Es ist der einzige Rayon im besetzten Westaserbaidisch, in dessen Siedlungen Vertriebene

---

<sup>61</sup> NG, 6.9.1997.

<sup>62</sup> Council of Europe. Parliamentary Assembly. Doc. 7837: Rapport de la commission des migrations, des réfugiés et de la démographie sur les réfugiés et les personnes déplacées en Transcaucasie, 3 juin 1997, S. 10. 1996 hatte sich das Gesamtvolumen internationaler humanitärer Hilfe für Aserbaidisch auf 78 Mio. Dollar belaufen. Dabei wurden 40 Tonnen Lebensmittel im Wert von 30 Mio. Dollar an Umsiedler und an besonders bedürftige Familien aus der übrigen Bevölkerung verteilt.

<sup>63</sup> TACIS Contract Information. Budget 1996-97, European Commission, S. 24-25.

zurückgekehrt sind (die Zahlenangaben schwanken zwischen 25.000 und 40.000<sup>64</sup>). Den aserbaidischen Streitkräften war es während der Kriegsphase gelungen, einen Teil des Rayons wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. In den von armenischen Truppen besetzten Gebieten um Berg-Karabach sind die Häuser entweder durch die Kampfhandlungen zerstört oder von Armeniern in Besitz genommen worden. Manchmal wurden die Häuser auch zerlegt und das Baumaterial in den Iran verkauft. Nach Mitteilung des Staatskomitees für Flüchtlinge und Zwangsübersiedler wurden in den besetzten Gebieten auch Telegrafmasten und Rohrleitungen demontiert und exportiert, wurde der Holzbestand gelichtet.

Die Rückkehr der Vertriebenen in diese Regionen wird durch die Ungelöstheit des Karabach-Konflikts verhindert,<sup>65</sup> und umgekehrt wirkt sich das Flüchtlingsproblem hinderlich auf die

---

<sup>64</sup> Nezavisimaja gazeta, 11.8.1998, S. 5.

<sup>65</sup> Die Konfliktseiten stehen sich in den entscheidenden Punkten nach wie vor unversöhnlich gegenüber. Die unter gemeinsamer Präsidentschaft Rußlands, der USA und Frankreichs stehende Minsker Gruppe für die Regelung des Karabach-Konflikts im Rahmen der OSZE hatte 1997 eine "Paketlösung" als Basis für weitere Verhandlungen vorgeschlagen. Sie sah die synchrone Regelung der wichtigsten Fragen - politischer Status Berg-Karabachs, Truppenrückzug aus besetzten Gebieten und Rückkehr von Flüchtlingen - vor. Als dieser Vermittlungsansatz scheiterte schlug man eine Konfliktregelung in drei Phasen vor: 1. Rückzug der karabach-armenischen Truppen aus besetzten aserbaidischen Territorien außerhalb Berg-Karabachs; 2. Rückkehr der Flüchtlinge in diese Gebiete; 3. Regelung des politischen Status Berg-Karabachs. Der armenische Präsident Ter-Petrosjan akzeptierte diesen Vorschlag, stieß mit seiner Kompromißbereitschaft aber in Armenien und Berg-Karabach auf vehemente Opposition und verlor darüber sein Amt. Die neue Führung Armeniens unter Robert Kotscharjan, der zuvor der Präsident der "Republik Berg-Karabach" gewesen war, nahm nun eine Position ein, die mit der des umstrittenen Gebiets stärker übereinstimmt. Sie lehnt eine "Phasen-Lösung" kategorisch ab, weil diese Vorleistungen durch die armenische Seite (Truppenrückzug) impliziert. Die armenische Seite fordert eine substantielle internationale Garantie für die Existenz und Selbstbestimmung des armenischen Berg-Karabach. Eine Lösung im Rahmen der "territorialen Integrität" Aserbaidischans und föderativer Beziehungen zwischen Stepanakert und Baku reicht insofern für das Sicherheitsbedürfnis der Karabach-Armenier nicht aus, als jede Einmischung Bakus in die Angelegenheiten Berg-Karabachs, ja selbst eine Militärangriff gegen das Gebiet in diesem Rahmen völkerrechtlich als "innere Angelegenheit" Aserbaidischans gewertet und nicht geahndet würde. Die armenische Seite akzeptiert deshalb allenfalls "horizontale", keine "vertikalen" staatlichen Beziehungen zwischen dem ehemaligen autonomen Gebiet und Aserbaidischan. Man orientiert sich dabei am Beispiel von Staaten mit begrenzter Rechtssubjektivität wie der Republik San Marino oder an staatlichen Vertragsbeziehungen wie denen zwischen Monaco und Frankreich u.a. Die armenische Seite lehnt ferner alle Veränderungen des jetzigen Zustands ab, die Berg-Karabach wieder zu einer Enklave machen, d.h. die es rundum mit aserbaidisch kontrollierten Territorien umgeben würden. Eine völlige Räumung der besetzten Gebiete wird deshalb abgelehnt. Zumindest müßte ein Sicherheits- und Kommunikationskorridor zur Republik Armenien erhalten bleiben. Eine Reduzierung der Streitkräfte Berg-Karabachs oder/und ihr Rückzug aus den besetzten Gebieten würde die strategische Position Aserbaidischans schlagartig verbessern und erfordert deshalb zuvor eine verlässliche Konfliktlösung. Die aserbaidische Seite bestimmt ihren Kompromißrahmen seit Sommer 1997 folgendermaßen: 1. Die armenischen Truppen räumen sechs besetzte Rayons Aserbaidischans, in die sodann die aserbaidischen Flüchtlinge und Umsiedler zurückkehren. Danach räumen sie auch die Städte Schuschi und Latschin und die gleichnamigen Regionen. 2. Aserbaidischan hebt die Verkehrsblockade gegen Armenien und Berg-Karabach auf. 3. Aserbaidischan gewährt Berg-Karabach weitreichende Autonomie. Um den Gegensatz zwischen Aserbaidischans Insistenz auf seiner territorialen Integrität und dem armenischen Widerstand gegen jede "vertikale" Beziehung zwischen Berg-Karabach und Aserbaidischan zu überwinden, stellten die Ko-Präsidenten der Minsker Gruppe im Winter 1998 einen neuen Plan vor, der das Konzept einer vagen "Autonomie" durch das nicht minder vage, aber für Armenier akzeptablere Konzept eines "common state" ersetzte. Dieser neue Plan sieht wieder die umfassende Konfliktlösung innerhalb eines einzigen Rahmendokuments vor, stößt aber in Aserbaidischan auf Vorbehalte. Armenien zeigt in letzter Zeit verstärkte

Erlangung einer politische Konfliktlösung aus. Der Karabach-Konflikt enthält Potential für geopolitische Eskalation und für Allianzenbildungen, die sich in "Achsen" wie Eriwan-Moskau-Teheran und Baku-Ankara-Washington andeuten. Dies geht mit einem Prozeß der Militärisierung des Südkaukasus einher: So reagierte kürzlich Aserbajdschan auf die massive Aufrüstung Armeniens durch Rußland mit einer Einladung an westliche "Sicherheitspartner" wie USA, Nato und die Türkei, Militärstützpunkte auf seinem Territorium zur "Wiederherstellung der regionalen Machtbalance" einzurichten. Das umstrittene Berg-Karabach selber, das sich im September 1991 zu einer von Aserbajdschan unabhängigen Republik erklärt hat (unter Einschluß des angrenzenden armenisch besiedelten Rayon Schaumjan), gehört zu den Teilen der kaukasischen Region, in denen sich die ethnischen Bevölkerungsstrukturen konfliktbedingt radikal verändert haben. 1989 lebten hier 145.450 Armenier (76,9%), 40.668 Aseris (21,5%) und 1922 (Russen). Der aserbajdschanische Bevölkerungsteil wurde danach vollständig aus dem Gebiet vertrieben, so daß Berg-Karabach mono-ethnisch wurde. Während 1989 nur 37% des armenischen Bevölkerungsteils Aserbajdschans in dem autonomen Gebiet lebten, konzentriert sich seit 1993 dieser Bevölkerungsteil ganz auf Berg-Karabach. Im übrigen Aserbajdschan leben heute keine Armenier mehr. Die Karabach-Armenier leben seit dem Aufbau einer eigenen Armee in einem Zustand permanenter militärischer Mobilisierung und Kampfbereitschaft. Ihre Streitkräfte gelten als die effizientesten in der gesamten Kaukasusregion.<sup>66</sup>

### *Armenien*

Der Karabach-Konflikt, das Erdbeben in Spitak 1988, der Zerfall der Sowjetunion und die postsowjetische Wirtschaftskrise haben die Bevölkerungsentwicklung Armeniens erheblich beeinflußt. Am stärksten hebt sich unter den Trends dieser Entwicklung die Emigration aus Armenien hervor: Experten schätzen, daß zwischen 1990 und 1997 mehr als 700.000 Personen, das sind 20% der Landesbevölkerung, aus Armenien ausgewandert sind, ganz überwiegend Angehörige der Titularnation.<sup>67</sup> Für die Zeit bis Ende 1998 sprechen Schätzungen sogar von einer Million Auswanderern. Darunter befanden sich 290.000 Einwohner der Hauptstadt Eriwan. Am stärksten war die Auswanderung aus den Zonen der Erdbebenkatastrophe von 1988: 25% der Landbevölkerung aus der Umgebung Gjumris (ehem. Leninakan) und Vana-dzors (ehem. Kirovakan) verließen ihre Dörfer. Armenische Experten unterscheiden "Familienmigration" (45%) von Individual- und Arbeitsmigration (55%). Die erste Kategorie gilt als endgültige Auswanderergruppe, die vermutlich nicht nach Armenien zurückkehren wird. Zwei Drittel der Migranten begaben sich nach Rußland, nur 15% ins "ferne Ausland".<sup>68</sup>

---

Verhandlungsbereitschaft, da es befürchten muß, ansonsten den Anschluß an die Verkehrs- und Wirtschaftsentwicklung der kaspischen Region zu verlieren.

<sup>66</sup> Žanna Krikorova, Nagorno-karabachskaja Respublika: 4 goda v režime prekraščenija ognja. In: Central'naja Azija i Kavkaz, 1/1999, S. 133-141.

<sup>67</sup> L.A.Arutjunjan, Novye tendencii migracii v Armenii, in: Migracionnaja situacija v stranach SNG, Moskva 1999, S. 71-76.

<sup>68</sup> Segodnja, 21.2.1996.

Allein zwischen 1991 und 1994, als die armenische Bevölkerung drei Winter mit strikter Rationalisierung von Elektrizität und Wärmeenergie erlitt, emigrierten 400.000 Menschen, vor allem auf der Suche nach Arbeit. Die armenische Emigration nach Rußland setzte einen Trend fort, der schon zwischen 1979 und 1989 hervorgetreten war. In dieser Periode nahm die Zahl der Armenier in Rußland um fast 50% zu. Dagegen schrumpfte der schon vorher kleine russische Bevölkerungsteil Armeniens (1989:1,6%) nach 1989 um die Hälfte, in noch größerem Maße der aserbaidtschanische. Insgesamt überwog die Emigration aus Armenien in Länder der ehemaligen Sowjetunion die Einwanderung aus diesen Ländern um das 4,5 fache.

Armenien war die erste Unionsrepublik der Sowjetunion, in der das Problem von Flucht und Vertreibung akut wurde. Erste Flüchtlingsströme trafen hier im März 1988 nach den antiarmenischen Ausschreitungen in Sumgait und anderen Orten Aserbaidtschans ein. Im selben Jahr wurden 400.000 Familien durch das Erdbeben von Spitak entwurzelt. Zwischen 1988 und 1993 kamen zwischen 300.000 und 350.000 Armenier aus Aserbaidtschan. Ein Teil von ihnen emigrierte danach in andere Staaten der GUS. Etwa 72.000 Personen wurden während der Kriegsphase aus den Frontgebieten ins Landesinnere evakuiert. 1997 waren 300.000 Personen im armenischen Ministerium für Sozialschutz als Flüchtlinge registriert. Damit ist in Armenien ein ähnlich großer Teil der Gesamtbevölkerung (von 3,7 Mio.) entwurzelt wie im Nachbarland Aserbaidtschan. Im Unterschied zu Aserbaidtschan gibt es hier aber keine Flüchtlingslager. Flüchtlinge und Vertriebene wurden in Hotels, Studentenheimen, Erholungseinrichtungen und anderen öffentlichen Gebäuden untergebracht, teilweise freilich unter kläglichen sanitären und räumlichen Bedingungen. Die meisten Flüchtlinge aus Aserbaidtschan waren Städter, die in Armenien auf dem Land untergebracht werden mußten, da die Aufnahmefähigkeit Eriwans und anderer Städte bald erschöpft war. Sie sind kulturelle "Marginale", da sie die armenische Sprache oft nicht beherrschen, und werden von der lokalen Bevölkerung häufig als "Fremde" und Konkurrenten auf dem dramatisch verengten Arbeitsmarkt angesehen. Ähnlich wie in Baku ging ihre Unterbringung in den Städten oft auf Kosten anderer Wohnungsanwärter, was soziale Spannungen förderte. Die armenische Regierung stellte Sonderhilfsprogramme für Flüchtlinge und Vertriebene ein und integrierte ihre Maßnahmen für diese Bevölkerungsgruppe in allgemeinere Sozialprogramme für hilfsbedürftige Bevölkerungsteile.

Trotz der starken Emigration der Armenier ging auch in Armenien die Entwicklung in Richtung wachsender ethnischer Homogenität. Ethnische Armenier machen heute 97% der Republikbevölkerung aus. Damit ist Armenien weltweit eines der ethnisch homogensten Länder und damit besonders unter den sowjetischen Nachfolgestaaten eine Ausnahme. Für die in ihm verbliebenen ethnischen Minderheiten wächst der Druck von Assimilation und Emigration.<sup>69</sup>

---

<sup>69</sup> Tessa Hoffmann, Unter dem Damoklesschwert von Assimilation und Emigration. Ethnische Minderheiten in der Republik Armenien. In: Orient, 4/1995, S. 719-740.

## Der Kaukasus als Thema europäischer Politik

Der Kaukasus wurde in den letzten Jahren zunehmend als ein Thema europäischer Politik entdeckt.<sup>70</sup> Dafür waren folgende Entwicklungen verantwortlich:

- Zunächst erlangte der Kaukasus durch die Häufung ethnischer, territorialer und politischer Konflikte beim und nach dem Zerfall der Sowjetunion internationale Aufmerksamkeit. In diesem Zusammenhang drängte sich in der Konfliktforschung über nachkommunistische Entwicklungen der Vergleich mit dem Balkan auf, wurde der Kaukasus in einen südosteuropäischen Horizont gerückt. Er war diejenige Region, in der sich mit dem Ausbruch des Karabach-Konflikts im Februar 1988 am frühesten eine Serie ethnoterritorialer Konflikte auf sowjetischem Territorium ankündigte und die sich in Hinsicht auf ihre ethnische Differenziertheit und die aus der Erbschaft des sowjetischen Ethno-Föderalismus stammenden strukturellen Probleme am stärksten hervorhob.
- Mit einer anderen Vergleichsregion, mit Zentralasien, bildet er den sogenannten "kaspischen Raum", der aufgrund seiner energiepolitischen Bedeutung insbesondere seit 1994 zu enormer geowirtschaftlicher und -politischer Prominenz gelangt ist. In diesem Raum, in dem sich ein Geflecht vielschichtiger Interessen lokaler, regionaler und globaler, staatlicher und privatwirtschaftlicher Akteure herausgebildet hat, nehmen auch europäische Länder und Europa als Gemeinschaft wirtschaftliche und politische Interessen wahr. Das Widerstreben, in den kaukasischen Konfliktwirrwarr hineingezogen zu werden, hat Europa zwar bislang davon abgehalten, eine koordinierte und verbindliche europäische Sicherheitspolitik in der Region zu formulieren,<sup>71</sup> gleichwohl wird die Politik gegenüber der kaspischen Region als ein Testfall für gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik bezeichnet.<sup>72</sup> Europa setzt dabei weniger auf eine Beteiligung an einem neuen "great game", als auf die wirtschaftliche Entwicklung und regionale Zusammenarbeit in diesem Raum, auf die Erschließung neuer Verkehrs- und Transportsysteme in Projekten wie TRACECA (Transportkorridor Europa-Kaukasus-Asien) und INOGATE (Interstate Oil and Gas to Europe = Hilfe bei der Wartung und Reparatur von Pipelines), auf technische Zusammenarbeit und Hilfe in TACIS- und EBRD-Projekten, auf die Unterstützung rechtsstaatlicher und zivilgesellschaftlicher Entwicklung in den unabhängig gewordenen Staaten. Es setzt bei seinem Engagement im kaspischen Raum teilweise andere Akzente als die USA, obwohl es die grundlegende Ausrichtung auf die Unterstützung der Souveränität der unabhängig gewordenen Staaten und einer sie konsolidierenden Wirtschafts- und Staatsentwicklung mit Washington teilt. So ist die Haltung der EU in bezug auf Pipelines weniger "geostrategisch" motiviert als die amerikanischen Optionen. Europa hat in den neunziger Jahren eine Energiecharta mit Vertragsbestimmungen entwickelt, die darauf ausgerichtet sind, "great game"-Stereotypen aus

---

<sup>70</sup> Siehe Friedemann Müller, Claude Zullo (Eds.), *The European Union and the Caucasus Region: Oil, Interests, and Influence*. SWP-S4, 27.12.1998.

<sup>71</sup> Bruno Coppieters, *Westliche Sicherheitspolitik und der Konflikt zwischen Georgien und Abchasien*, Berichte des BIOst, 12-1999, S. 15.

<sup>72</sup> 113. Bergedorfer Gesprächskreis: *Energie und Geostrategie im kaspischen Raum – Akteure, Interessen, Konfliktpotentiale*. 27.-28. Juni 1998 in Baku. Protokoll Nr. 113, S. 23-27.

der Konkurrenz um Energieressourcen zurückzudrängen und Energiepolitik zu zivilisieren. Auch für sie wird die kaspische Region zum Testfall.<sup>73</sup>

- Georgien, Armenien und Aserbaidschan traten – wie auch andere GUS-Staaten – seit 1996 durch Partnerschafts- und Kooperationsabkommen in engere Verbindung zur Europäischen Union. Georgien erlangte im Januar 1999 als erster Staat im Süden der GUS die Zusage für seine Aufnahme in den Europarat durch die Parlamentarische Versammlung in Straßburg. Deren Vorsitzender unterstrich dabei, daß die Probleme des Balkan und des Kaukasus prioritäre Bedeutung erlangt hätten.<sup>74</sup> Die Aufnahme Georgiens war mit strikten Auflagen verbunden, die Tiflis in Fristen von bis zu vier Jahren zu erfüllen hat.<sup>75</sup> Die politische Öffentlichkeit Georgiens reagierte gleichwohl mit großer Freude auf diesen Entschluß der Parlamentarischen Versammlung. "Ich bin Georgier, also bin ich Europäer" – kommentierte Parlamentspräsident Schwania das Ereignis und hob die Zugehörigkeit zu Europa als historische Tradition Georgiens hervor. Bei aller Gegensätzlichkeit in der Sicherheitspolitik und Geostrategie der südkaukasischen Staaten – Armenien setzt sich mit seiner engen sicherheitspolitischen Anbindung an Rußland von den beiden anderen Staaten deutlich ab und steht mit Aserbaidschan in einer konflikthaften Beziehung –, bekennen sich doch alle drei zu Europa, einschließlich des muslimischen Aserbaidschan. Georgien und Aserbaidschan formulieren ihre Europa-Option als Alternative zu ihrer alten Abhängigkeit von Rußland. Armenien tut dies nicht und stellt sich gegen jegliche Tendenz einer Ausklammerung Rußlands aus der Entwicklung des kaspischen Raums.

In diesem Zusammenhang rücken auch die Flüchtlingsprobleme des Kaukasus näher an Europa heran, das sich im Rahmen der OSZE bereits in den Hauptkonfliktzonen wie Abchasien und Berg-Karabach durch Vermittlungstätigkeit, Beobachtungsmissionen und Projekte, die dem Wiederaufbau von kriegsgeschädigten Gebieten als Voraussetzung für die Rückkehr von Flüchtlingen gelten, engagiert.

So beschäftigte sich zum Beispiel im Juni 1997 die Parlamentarische Versammlung des Europarats mit Bevölkerungsbewegungen in der GUS seit Ende der achtziger Jahre und stellte dabei die Situation von Flüchtlingen und Vertriebenen im Südkaukasus (Transkaukasus) in den Vordergrund. Von neun Mio. "unfreiwilliger Migrantinnen" in der GUS entfielen zu diesem Zeitpunkt 1,5 Mio. auf Flüchtlinge und Vertriebene in dieser Region.<sup>76</sup> Die Aufmerksamkeit Europas gilt dabei den drei unabhängig gewordenen Staaten des Südkaukasus, während der Nordkaukasus mit seinen nationalen Republiken als Teil der Russischen Föderation nicht als Einflußgebiet internationaler Politik angesehen wird. Eine Trennung zwischen beiden Regionen ist aber gerade bei der Analyse von Wanderungs- und Fluchtbewegungen aufgrund ethnoterritorialer Konflikte kaum möglich. Die einzelnen Konfliktfälle können nur im analytischen Rahmen der Entwicklungen in der Gesamtregion sinnvoll behandelt werden.

---

<sup>73</sup> 113. Bergedorfer Gesprächskreis, Energie und Geostrategie im kaspischen Raum, S. 29-30.

<sup>74</sup> Nezavisimaja gazeta, Elektr. Versija 015, 29.1.1999.

<sup>75</sup> Sie betrafen die Übernahme, Ratifizierung oder Umsetzung von zahlreichen Konventionen. Unter anderem hat sich Tiflis verpflichtet, innerhalb von zwei Jahren Gesetze für die Rücksiedlung der unter Stalin aus Georgien deportierten Mes'cheten auszuarbeiten und damit eine Maßnahme rechtlich vorzubereiten, gegen die sich im nachsowjetischen Georgien bislang Widerstand geregt hatte.

<sup>76</sup> NZZ, 25.6.1997, S. 2; Süddt. Zeitung, 26.6.1997, S. 8.

Der Nordkaukasus als der am stärksten destabilisierte und am meisten in Konflikte verstrickte Teil Rußlands fügte den im Europarat erwähnten Daten über Bevölkerungsbewegung in Georgien, Armenien und Aserbaidschan allein einige Hunderttausende Flüchtlinge aus Tschetschenien während der Kriegshandlungen zwischen Dezember 1994 und August 1996 hinzu. Die Flüchtlinge haben in benachbarten Gebieten Zuflucht gesucht, die ihrerseits bereits in hohem Maße krisengeplagt und konflikthanfällig waren.

Laut den Worten Ana Guirados, der spanischen Berichterstatterin vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, sind die transkaukasischen Staaten nach dem Balkan zu der am stärksten von Fluchtbewegungen geprägten Region Europas geworden. Es bestehe die Gefahr, daß hier eine ganze Generation in Flüchtlingslagern aufwächst, da einige der Betroffenen bereits seit acht Jahren unter entsprechenden Bedingungen leben. Ihre Lebensbedingungen seien in Hinsicht auf Unterbringung, medizinische Versorgung und Integration in die Gesellschaften der sie beherbergenden Länder so schlecht, daß gerade einmal der Tod durch Hunger oder Kälte abgewendet würde. Für ihre Verbesserung sei ein erhebliches internationales Engagement gefordert, das aber seit 1996 zurückgeschraubt wurde. Im Falle der drei unabhängigen transkaukasischen Staaten solle der Europarat im Zusammenhang mit den Aufnahmeanträgen der betreffenden Länder darauf drängen, daß ihre Regierungen Bedingungen für die Rückkehr von Flüchtlingen unter dem Aspekt der Achtung der Menschenrechte und der Flüchtlingskonventionen schaffen.<sup>77</sup>

Der Hauptunterschied zu Zentralasien als Migrationsregion besteht darin, daß Zentralasien und dort insbesondere Kasachstan die größte Auswanderungsregion für Russen und Russischsprachige innerhalb der GUS war, während in den südkaukasischen Republiken schätzungsweise nur noch 350.000 ethnische Russen leben.<sup>78</sup> Migration betrifft hier vor allem die autochthone Bevölkerung. Sie ist dennoch ein gravierendes Problem für Rußland, vielleicht in noch höherem Maße als die sich inzwischen abschwächende Emigration von Russischsprachigen aus Zentralasien. Denn ein erheblicher Teil der Wanderungen und Fluchtbewegungen zielt nach Südrußland und führt dort zu Spannungen. Durch die mit dem Tschetschenienkrieg verbundenen Fluchtbewegungen wurde der Föderale Migrationsdienst in Rußland völlig überfordert. Migranten "kaukasischer Nationalität" stoßen in Rußland auf Ablehnung und verschärfen dort tief verwurzelte ethnische Vorurteile. Das Migrationsgeschehen wird zudem noch durch Spannungen zwischen Kosaken und kaukasischen Ethnien beeinflusst. Aus russischer Sicht werden Kosaken und Russen "konsequent und planmäßig aus allen Republiken des Nordkaukasus verdrängt". Russische Quellen sprechen von "Derusifikacija" dieser Region und konstatieren einen "clash of civilizations" zwischen dem ostslawisch-orthodoxen Element, das seit dem 16. Jahrhundert im Nordkaukasus anwesend ist, und dem autochthonen Element der muslimischen kaukasischen

---

<sup>77</sup> Council of Europe. Parliamentary Assembly. Doc. 7837: Rapport de la commission des migrations, des réfugiés et de la démographie sur les réfugiés et les personnes déplacées en Transcaucasie, 3 juin 1997.

<sup>78</sup> Segodnja, 2.10.1997, S. 4.



Bergvölker.<sup>79</sup> Internationale Organisationen wie UNHCR und IMO unterstützen Flüchtlingsprogramme in Rußland, aber deren Finanzierung wird in letzter Zeit gekürzt, da die Implementierung der Hilfsmaßnahmen durch den FMS ins Gerede kam. Erhebliche Geldsummen sind versickert, und hier hat sich wie bei anderen Finanztransfers besonders der Kaukasus als "schwarzes Loch" erwiesen. So verschwanden Gelder, die aus Genf für Flüchtlingshilfe in Krasnodar angewiesen wurden.<sup>80</sup> Der FMS ist in der russischen Öffentlichkeit so sehr ins Fadenkreuz der Kritik geraten, daß Anfang 1999 seine Auflösung diskutiert wird.<sup>81</sup> Rußlands Fähigkeit, die Auswirkungen von Fluchtbewegungen und Migrationen zu bewältigen, an deren Auslösung seine eigene Politik häufig beteiligt war, wird immer begrenzter.

Für internationale Akteure sind die Einwirkungsmöglichkeiten ebenfalls begrenzt. Naheliegend sind hier vor allem Maßnahmen zur Rehabilitation konflikt- und kriegsgeschädigter Gebiete, in die Flüchtlinge zurückkehren sollen. Europäische Organisationen haben solche Maßnahmen im Südkaukasus in bezug auf den Abchasien-, den Südossetien- und den Karabach-Konflikt in Angriff genommen. Durch die starke West-Orientierung Georgiens und Aserbaidschans kann Europa politischen Einfluß auf die Bereitschaft der Staaten nehmen, ihren Beitrag zur Lösung von Flüchtlingsproblemen zu leisten und von "ethnischer Verteilung" als staatlichem Handlungsmittel Abstand zu nehmen. Ihre Integration in europäische Strukturen wird an entsprechende Bedingungen gebunden. Eine Re-Stabilisierung des Nordkaukasus hängt dagegen primär von den schwindenden Ressourcen Rußlands für eine wirtschaftliche Rehabilitation dieser Region ab. Europa ist derzeit völlig vom Flüchtlings- und Kriegsdrاما im Kosovo in Anspruch genommen. Man darf aber nicht übersehen, daß im Kaukasus einige Konfliktzonen mit Potential für vergleichbare Tragödien aufwarten und ein ungelöstes Grundproblem des Balkans, die Spannung zwischen ethnischen Selbstbestimmungsrechten und territorialer Integrität bestehender Staaten, dort nicht weniger stark ausgeprägt ist.

---

<sup>79</sup> Zwischen 1991 und 1996 nahm die Zahl der Kosaken in Tschetschenien angeblich um das Zehnfache, in Inguschetien um das Achtfache, in Dagestan um das Dreifache ab. Siehe *Nezavisimaja Gazeta – Regiony*, 2/1997, S. 4.

<sup>80</sup> *Nezavisimaja gazeta, Elektr. Versija*, 021, 6.2.1999.

<sup>81</sup> *Ebenda*, 011, 23.1.1999.

**Uwe Halbach**

## **Migration and Refugees in the Caucasus**

A European Problem

Bericht des BIOst Nr. 13/1999

### **Summary**

#### *Introductory Remarks*

In recent years the realisation has dawned in European capitals that the Caucasus is a region that Europe can no longer afford to ignore. One of the chief reasons for this is the geo-economic and geo-strategic importance of a wider Caspian region, of which the Caucasus forms the Western half; another is the fact that the newly independent states of the region have been at pains to emphasise their orientation towards Europe. In addition, numerous regional conflicts have turned the Caucasus into Europe's second largest refugee zone after the Balkans. Europe has begun to see the migration movements in the region that have come about as a result of violence and conflicts as its problem, even though – unlike the refugees from the Balkan wars – the destination of refugees from the Caucasus has not been Central and Western Europe. This report analyses recent demographic developments and migration movements in the Caucasus in the context of ethnic and political conflicts in that region. Although the analysis treats the Russian-"ruled" northern Caucasus region, the "*Rossiiskii Kavkaz*", and the independent states of the southern Caucasus (Transcaucasia) separately, it also emphasises the inextricable links between the conflicts and ensuing migration in the two regions. The sources used in the analysis are from the period 1995-1998.

#### *Findings*

1. At a meeting of the Parliamentary Assembly of the European Council in 1997 the number of people who had fled or been driven from their homes in the southern Caucasus was reported to be 1.5 million. Added to this figure were the people reported to have migrated, fled or been expelled from their homes in the northern Caucasus, of whom 400,000 alone fled Chechnya between December 1994 and September 1996 while the war was going on there. Whereas Central Asia was the region of the CIS which experienced the greatest emigration of ethnic Russians and Russian-speakers to Russia in the 1990s, those migrating, fleeing or driven out of their homes in the Caucasus are primarily members of the region's ethnically diverse autochthonous population. Caucasian migration movements are also a problem for Russia, since they exacerbate the already tense situation in southern Russia.

2. The northern Caucasus, with its seven constituent republics (including the rebellious republic of Chechnya) and the three "Russian" regions Krasnodar, Stavropol and Rostov, is the most unstable part of the Russian Federation. The underlying reasons for this destabilisation – namely, ethno-political and territorial conflicts, the particularly severe economic crisis, rising crime, the repercussions of the chaotic situation in post-war Chechnya for the development of the entire region and Russia's loss of its ability to govern its north Caucasian periphery – have been further exacerbated by the refugee problems and migration movements that are both a product of and catalyst for conflicts. Examples of this include: the unresolved conflict between the Ossetians and the Ingush, which reached its most violent point in 1992, resulting in ethnic cleansing; the refugee and migration problems connected with the war in Chechnya; and the migration movements in Dagestan which threaten to upset the vulnerable ethnic balance in this ethnically mixed republic on the Caspian Sea. Given that it forms part of the territory of the Russian state, this region is less accessible to international politics than the southern Caucasus. International activities in the region have been limited to the dispatch of a team of observers from the OSCE to the war in Chechnya and several refugee aid projects organised by the UNHCR and the IMO.
3. In the southern Caucasus, which consists of three independent states, the conflicts have revolved mainly around the secessionist republics of Abkhazia and Nagorno-Karabakh. These form part of Georgia and Azerbaijan, respectively, and have not been recognised internationally as independent. The conflict between Georgia and Abkhazia led, during the period of war from August 1992 to September 1993, to the expulsion of more than 200,000 Georgians, who had previously formed the largest ethnic group in Abkhazia, and to the demographic domination of the area by the Abkhaz titular nation, who had previously formed a minority. This alone has made it extremely difficult for the expelled Georgians to return to Abkhazia. The problem of the Georgians expelled from Abkhazia has become a burden for both the domestic and foreign policy of Georgia and is hindering attempts to find a political solution to the conflict in which the UN and a specially formed group of "Friends of the UN General Secretary on the Georgian Question" are acting as mediators. The escalation of the conflict in Nagorno-Karabakh into war led to a population transfer between Armenia and Azerbaijan – some 300,000 Armenians emigrated from Azerbaijan to Armenia and about 190,000 Azeris emigrated in the opposite direction – to the concentration of Armenians living on the territory of Azerbaijan entirely in the self-declared republic of Nagorno-Karabakh and to the expulsion of almost 1 million Azeris from Nagorno-Karabakh and from seven surrounding regions occupied by Armenian troops in western Azerbaijan. One seventh of the population of Azerbaijan falls into the category of "displaced persons". The situation of these people contrasts dramatically with the prospective economic boom in the country and could become part of a social polarisation that would turn security and prosperity into an illusion.